

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die SPD nimmt in diesem Jahr wieder programmatisch Fahrt auf und die Chancen stehen besser als zunächst gedacht, die orientierungslos vor sich hin schlingende schwarz-gelbe Bundesregierung **2013** abzulösen. Auch in der Kulturpolitik werden Zeichen gesetzt: mit dem »Kreativpakt« bringen wir die neuen Aufgaben auf den Punkt, gemeinsam mit den kulturellen Akteuren in der digitalen Gesellschaft das Kreative besser zu fördern, die soziale Absicherung und angemessene Vergütung von Künstlerinnen und Künstlern sicherzustellen und die gerade kommunal gefährdete Kultur, wo sie zu Recht öffentliches Gut ist und sich nicht von alleine am Markt behaupten kann, zu verteidigen.

Wie heißt es so schön: Die Lage ist ernst aber nicht hoffnungslos. An erster Stelle unserer kulturpolitischen Aufgaben steht nach wie vor der Erhalt der kulturellen Infrastruktur in Städten und Gemeinden Deutschlands. Hierzu sind viele Maßnahmen erforderlich. Nicht nur von Kulturpolitikern. In Städten und Gemeinden muss vor allem die Einsicht reifen, dass Kunst und Kultur nicht wie Rosinen im Kuchen optionale Zutat und Luxus, sondern als Treibmittel für unseren Alltag wichtig sind, weil sie zu unser Selbstverständigung und damit zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft beitragen. Dieses Bewusstsein um die gesellschaftliche Bedeutung von Kunst und Kultur muss der Bund stärken helfen. Dazu muss er seine Verantwortung wahrnehmen und sich zusammen mit Ländern und Kommunen für den Erhalt der öffentlichen Kulturförderung und der kulturellen Infrastruktur einsetzen. Für dieses Ziel arbeiten wir.

Auch muss der Bund seine Verantwortung für die Arbeitsbedingungen von Künstlern, Künstlerinnen und Kreativen in Deutschland stärker wahrnehmen. In unserer globalisierten und digitalisierten Welt haben sich die Voraussetzungen und Grundlagen kreativen Schaffens in einer Weise verändert, dass neues Nachdenken über die sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen für kreative Arbeit zwingend erforderlich ist. In engem Austausch mit Kreativen und ihren Interessenvertretungen erarbeiten wir deshalb derzeit in einem »Kreativpakt« Lösungen für drängende Fragen: Wie sind auch zukünftig Geistiges Eigentum und kreative Werke zu schützen? Welche sozialen und rechtlichen Bedingungen sind für kreatives Schaffen nötig? Wie muss eine adäquate Förderung der Kreativwirtschaft in Zukunft aussehen? Immerhin trägt dieser wachsende Sektor inzwischen mehr zur gesamten deutschen Wirtschaftsleistung bei als die Metallindustrie! Wie lässt sich mit Hilfe der kulturellen und medialen Bildung auch solchen Kindern und Jugendlichen der notwendige Zugang zu der Welt von Kunst und Kultur vermitteln, die wenig Unterstützung aus ihrem Elternhaus erhalten?

Um die künstlerischen Leistungen und Werke unserer reichen deutschen Kulturlandschaft nachfolgenden Generationen überlassen zu können, muss uns ihr langfristiger Erhalt am Herzen liegen. So bleibt es eine zentrale kulturpolitische Aufgabe, den Schutz von Kulturgütern nationaler Bedeutung zu gewährleisten, Förderprogramme für den Denkmalschutz mit ausreichenden Mitteln aufzulegen, und weitsichtig übergreifende und nachhaltige Konzepte im Umgang mit unserem kulturellen Erbe zu entwickeln. So fordern wir eine umfassende Digitalisierungsstrategie für Kulturgüter und -institutionen zum Erhalt des kulturellen Erbes in der digitalisierten Welt. Hierzu wollen wir einen gesellschaftlichen Diskurs über die digitale Zukunft der kulturellen Schätze unserer Vergangenheit anstoßen.

Die SPD diskutiert angesichts ihrer strukturellen Probleme einmal wieder über Parteireform. Das Kulturforum der Sozialdemokratie war ja bereits **1983** in der ersten Reformrunde, die noch mit den Namen Willy Brandt und Peter Glotz verbunden ist, entstanden. Auch im Kontext der weiteren Parteireformbemühungen entstanden in den **1990er** Jahren und Anfang des neuen Jahrhunderts zahlreiche regionale Kulturforen vor Ort oder auf Landesebene. Jetzt ist in der aktuellen, umfassenden Parteireforminitiative von »regionalen Themenforen« die Rede, gewissermaßen als dritte Säule neben der traditionellen ortsvereinsbasierten Parteiarbeit und der neuen sozialen Netzwerkwelt des Internets. Die Generalsekretärin sagte nun, deren Vorbild seien gerade die positiven Erfahrungen mit den regionalen Kulturforen. Dies hören wir im Kulturforum der Sozialdemokratie gerne – ebenso, dass diese Foren, in denen ja bekanntlich Mitglieder und Nichtmitglieder problemlos zusammenwirken, demnächst Delegierte auf Parteitagen stellen können. Dies kann der Kunst und Kultur, die davon lebt, dass viele im Diskurs sensibilisiert werden, nur Recht sein.



Wolfgang Thierse
Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie



KULTURFORUM DER
SOZIALDEMOKRATIE



Schwerpunkt

»Der arme Poet« – Kulturpolitik in der Krise. Neue Wege?

Andrea Nahles

»Der arme Poet« – Sinnbild oder Vorbild für die Veränderung der Arbeitswelt?



Andrea Nahles (MdB),
Generalsekretärin der SPD

Anlässlich der heutigen Veranstaltung habe ich eine mir bekannte Künstlerin gefragt, wie sie die Situation der freischaffenden Künstler sieht. Ihren Namen möchte sie nicht genannt wissen, nur so viel, sie kommt aus Berlin.

Die Künstlerin schrieb mir: *»Die Idealisten unter den Künstlern nähren sich von der kindlichen Freude etwas Schönes geschaffen zu haben, ohne wirtschaftliche Gedanken, wie sie sich in den nächsten Tagen und Wochen ernähren werden, geschweige denn im Rentenalter. Viele Künstler haben aber auch sehr reale Zukunftsängste, die sie oft in Alkohol ertränken. Andere vereinsamen total, gehen kaum aus der Wohnung. Stundenlöhne von 2 bis 3 Euro sind Standard.«*

Die Künstlerin fährt fort: *»Nur einige wenige haben begriffen, dass die Arbeit des Künstlers nicht erst endet, wenn das »Werk« fertig ist, sondern erst wenn es bezahlt und die nächste Miete gesichert und der Folgeauftrag in der Tasche ist.*

Leichter haben es diejenigen, die Kunst vermitteln bzw. verkaufen, weil sie nicht so erpressbar sind in ihrer Eitelkeit sondern sich bewusst sind, dass sie einfach einen Job machen, der bezahlt werden muss.«

Weiter schreibt die Künstlerin: *»Die soziale Situation vieler Künstler ist um so trauriger, als sie selbst sehr sozial wirken: sie schaffen in radikaler Selbstausbeutung schöne Ausstellungen, an denen sich Menschen erfreuen. In den Vernissagen gibt's sogar was zu trinken und zu essen und vielleicht noch Musik dazu. Das Publikum geht nach einem anregenden Abend nach Hause, ohne auch nur einen Cent gezahlt zu haben. Die Künstler dagegen hatten viel Arbeit, nicht nur mit der Kunst, sondern auch mit Organisation und Transport und gehen häufig mit nichts als enttäuschter Hoffnung nach Hause. Und wenn der Künstler dann beim Jobcenter landet, wird ihm gesagt, er könne nicht auf Kosten der Steuerzahler einfach so vor sich hinpinseln – dabei hat er eben für diese Steuerzahler jahrelang zuvor kostenlos Kunst geschaffen. Wovon ja auch ganze Städte profitieren, nicht zuletzt Berlin, das auch von seinem Ruf lebt, eine Stadt der Künstler und der Kunst zu sein.«*

Soweit dieser Brief.

Ist es wirklich so schlimm, wie die Künstlerin schreibt? Oder handelt es sich eher um eine Einzelmeinung? Die Künstlersozialkasse lässt wenig Platz für Illusionen. Sie beziffert das durchschnittliche Jahreseinkommen der Künstler auf rund 13 000 Euro.

Viele werden davon überrascht sein, weil wir mit Kunst auch Ruhm verbinden. Aber es sind eben doch nur wenige, die es wirklich dazu bringen.

In den letzten Jahren war des Öfteren von der »digitalen Boheme« der Kreativwirtschaft die Rede. Boheme – das klingt doch im Prinzip nicht schlecht – mehr nach Selbstverwirklichung und hedonistischem Lebensstil als nach Selbstausbeutung und Armut. Doch für die meisten Künstler stimmt dieses positive Bild vom »intelligenten Leben jenseits der Festanstellung«, wie es einst Sascha Lobo formulierte, eben nicht.

Davon sind im Übrigen nicht nur diejenigen betroffen, die wir uns unter »armen Poeten« vorstellen. Denn durch die Digitalisierung von Arbeit gehören zum Bereich der Kreativen ja auch die Beschäftigten der Software- und Computerspiel-Branche. Das Wortspiel vom »armen Poeten« als Sinnbild oder Vorbild sollte darauf hinweisen. Wir dürfen uns eben nicht mit dem romantisch verklärten Bild des »armen, aber glücklichen Poeten« zufrieden geben. Sondern es als Mahnung begreifen, anzupacken.

Neue Verhältnisse erfordern neue Antworten. Zum Beispiel auf die Frage, ob unser Sozialversicherungssystem sich zu sehr an unbefristet Beschäftigten orientiert? Gerade für die Mehrheit der Künstler und Kreativen ist das ja eindeutig unzureichend. Müssen wir deshalb den Sonderstatus für Kulturschaffende – wie er mit der Künstlersozialversicherung bereits existiert – ausbauen? Es müsste ein Sozialsystem her, wo Künstler, Kreative, Freischaffende nicht mehr durch den Rost fallen.

Zwei Punkte nenne ich, wo wir das ganz konkret umgesetzt haben in unseren Konzepten:

Erstens bei der Gesundheitsversorgung. Mit dem neuen Vorschlag zur Bürgerversicherung wollen wir die Beiträge für alle Arbeitnehmer absenken. Besonders sollen geringverdienende Selbstständige, die auch als Soloselbstständige bezeichnet werden, deutlich geringere Beiträge zahlen müssen als sie das jetzt tun. Obwohl wir jetzt überhaupt eine Möglichkeit geschaffen haben, dass sie niedrige Beiträge bei der Privatversicherung bezahlen, ist das nicht ausreichend, sie sind immer noch zu hoch. Bis zu einer Einkommensgrenze von 400 Euro monatlich soll es einen Mindestbeitrag geben, der deutlich unterhalb der jetzigen Sätze liegt. Das ist ein Angebot, das wir versuchen zu formulieren, dass auch Soloselbstständige in ein solidarisches Krankenversicherungssystem reinkommen und nicht zwangsweise auf die Privaten verwiesen werden. Das ist eine Sache, die für viele – auch in anderen Branchen – positive Wirkungen hat, aber eben auch positiv im Kreativbereich wirkt.

Zweitens haben wir uns darüber Gedanken gemacht, wie man Qualifizierung solidarisch organisieren kann. Alle, die befristet oder prekär beschäftigt sind, sind eigentlich im Durchschnitt ausgeschlossen von Weiterbildung und Qualifizierung. Wir haben deswegen gesagt, wir wollen einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung für jeden Arbeitnehmer. Ich glaube es wäre hilfreich, wenn man als selbstständiger Künstler oder Kreativer z.B. Weiterbildung in Betriebswirtschaft machen könnte. Daran hapert es nicht selten. Wir nennen den Vorschlag »Arbeitsversicherung«, da geht es darum, dass wir z.B. den Künstlern und Kreativen die Möglichkeit geben, dass sie irgendwie in ihrem Leben auch abgesicherte Formen von

Den 14-tägigen
Newsletter des
Kulturforums
bestellen:

Email:
kulturforum@spd.de

Internet:
www.kulturforen.de

Qualifizierung in Anspruch nehmen können. Das sind zwei Beispiele, wo wir weiterdenken und das jetzige Sozialsystem fit machen und Zugänge organisieren wollen für Menschen, die Kulturschaffende sind.

Um solche Fragen muss es derzeit gehen. Kulturpolitik, Arbeits- und Sozialpolitik haben eben durchaus miteinander zu tun.

Aber ein bisschen weniger trocken als sonst soll es schon werden, es geht schließlich um Kunst. Deswegen möchte ich mit einer Mischung aus Poesie und knallhartem Realismus aus dem Brief meiner Künstlerin enden.

Ein Problem sei, so schreibt sie, »dass die meisten Künstler so anspruchslos sind, man könnte auch sagen, extrem pflegeleicht. Sie stellen viel weniger Forderungen als andere Bürger, vielleicht, weil sie noch mit einem Rest paradiesischen Ur-Glücks gesegnet sind. Dennoch«, schließt sie: »Ich bin für eine kapitalistische Grundausbildung an den hiesigen Kunsthochschulen.«

Siegfried Ehrmann

»Kultur gut stärken« – auch durch Sozial- und Arbeitsmarktpolitik!



Siegfried Ehrmann (MdB),
Sprecher der AG Kultur
und Medien der SPD-
Bundestagsfraktion

»Kultur gut stärken« setzt voraus, dass man Künstlerinnen und Künstler in den Blick nimmt und dass man sich mit ihren realen Lebens- und Arbeitsbedingungen auseinandersetzt. Andrea Nahles hat einige Punkte angesprochen, die eine wichtige Rolle dabei spielen, um die wirtschaftliche und soziale Lage von Künstlerinnen und Künstlern, Kulturschaffenden und Kreativen zu verbessern. Die Künstlersozialkasse wurde als erstes genannt. Entstanden auf Initiative von Sozialdemokraten, war sie ein Ergebnis des Künstlerreports Anfang der 70er Jahre. Bis zum Abschlussbericht der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«, die sich ebenfalls intensiv mit der sozialen und wirtschaftlichen Lage von Kulturschaffenden auseinander gesetzt hat, gab es in der Zwischenzeit keine vergleichbar wichtige Erhebung von Daten und Fakten im Kulturbereich. Doch der Ruhm vergangener Tage nützt den Menschen von heute kaum. Wir müssen die Realitäten erneut genau betrachten, deutlicher hinsehen und werden feststellen, dass wir auf viele aktuelle Herausforderungen noch keine oder nur ungenügende Antworten haben.

Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission hat eine Fülle von Handlungsempfehlungen gebracht, in der Zwischenzeit gab es weitere Erhebungen, u.a. durch den Fonds Darstellende Kunst, der in einem aktuellen Report sehr deutlich aufzeigt, wie konkret und vor allem durch Zahlen belegbar die Probleme der Kulturschaffenden sind. Diesen Wahrheiten wollen und müssen wir uns stellen. Letztlich erleben wir diese Realitäten als Abgeordnete auch in unseren Wahlkreisen. Wie Andrea Nahles eben, könnte ich Ihnen von Beispielen aus meiner Heimatstadt Moers berichten von Menschen, die als Künstler kaum wissen,

wie sie die nächsten Wochen und Monate über die Runden kommen, gleichzeitig aber mit einem unglaublichem Engagement und Leidenschaft ihrer künstlerischen Berufung nachgehen.

Wir beschäftigen uns mittlerweile auf mehreren Ebenen mit dem Thema der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Künstlerinnen und Künstler.

So veranstaltet auch die SPD-Bundestagsfraktion Foren zur Frage nach der Veränderung der Arbeitswelt im künstlerischen und kreativen Bereich. Dabei wird deutlich: Für die Künstler, die Kreativen, die Kulturschaffenden, für den ganzen Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft ist die öffentliche Förderung enorm bedeutsam. Sie schafft sozusagen die Grundlage. Zudem muss der etwas schillernde Begriff Kultur- und Kreativwirtschaft auch sehr genau hinterfragt und etwas nüchterner betrachtet werden. Schaut man sich beispielsweise die Umsatz-



und Beschäftigungszahlen genauer an, stellt man fest, dass sich diese Zahlen zwar enorm entwickeln, die Effekte für den Einzelnen aber gering sind, d.h. bei dem einzelnen Künstler nur wenig ankommt. Es sind nur wenige Branchen, wie z.B. die Games- und Softwareindustrie, die prosperieren. Betrachtet man also die Struktur der Beschäftigung, stellt man fest, dass es hier sehr ernste Herausforderungen und Fragen gibt, wie die einzelnen Beschäftigungsverhältnisse strukturiert sind, wie prekär sie teilweise sind.

Als SPD haben wir bei der letzten Bundestagswahl ein Angebot formuliert, gemeinsam mit den Kultur- und Medienschaffenden, den Kreativen über diese Herausforderungen ins Gespräch zu kommen. Wir haben von einem Kreativpakt gesprochen, einer Plattform, um diese Fragen mit der Politik zu erörtern und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Dieses Angebot konkretisieren wir gerade in Abstimmung mit der Partei. **Wir haben den Kreativpakt in den Arbeitsplan unserer Fraktion aufgenommen und wollen mit der Perspektive auf das Jahr 2020 diese Fragen bearbeiten.**

Letztlich müssen wir danach fragen, welche Rahmenbedingungen wir wirklich aktiv gestalten können, um die Situation von Künstlern, von Kreativen und Kulturschaffenden zu verbessern. Dafür gibt es konkrete Möglichkeiten. Sie alle kennen das Problem der sog. Rahmenfrist, welches als Konsequenz aus den Arbeitsmarkt- und Sozialreformen, der sog. Hartz-Gesetzgebung entstanden ist. Ein unglaublich schwieriges Thema. In der Großen Koalition haben wir an einer Lösung mitgewirkt, die aber – das zeigt sich nach über einem Jahr ihrer Geltung schon sehr deutlich – nicht wirkt. Es gibt also konkreten Anpassungs- und damit Handlungsbedarf. Solche Punkte wollen wir mit den betroffenen Künstlern gemeinsam identifizieren und erörtern, welche Lösungen angedacht werden können, um tragfähige Lösungen zu erarbeiten.

Kulturforen auch grenzüberschreitend: Polnisch-Deutsches Kulturforum
Insel Udsedom

Neue problematische Arbeitswelt

Fast 20 Jahre lang gehörte die Vorabendserie »Marienhof« zum Vorabendprogramm der ARD. Am 16. Juni 2011 ist Folge 4053 gelaufen und dies war auch die letzte. Vom Ende der Serie sind insgesamt 20 Hauptdarsteller und -darstellerinnen und ca. 100 Beschäftigte der Bavaria-Fernsehproduktion betroffen. Darunter sind Maskenbildnerinnen, Requisiteure und Kameralleute. 75 Beschäftigte wurden gekündigt und abgefunden. Die restlichen 25 kommen in anderen Produktionen unter. Dass in der bundesdeutschen TV-Unterhaltung Serien eingestellt werden und Menschen arbeitslos werden, ist eigentlich nichts Neues. Neu ist aber, dass den Beschäftigten ein Sozialplan vorgelegt worden ist. Das gab es vorher noch nie, d.h., es gibt positive Entwicklungen auch für die Film- und Fernsehschaffenden, aber von dem Sozialplan sind Schauspielerinnen und Schauspieler explizit ausgenommen worden. Denn, so wird argumentiert, sie hätten ja gewusst, dass sie jederzeit aus Drehbüchern raus geschrieben werden könnten, das gehöre zur künstlerischen Freiheit der Produzentinnen und Produzenten. Das, was hier mit den Schauspielerinnen und Schauspielern geschehen ist, sieht zunächst nach einer Ausnahme aus, von der das Gros ja nicht betroffen ist. Das Gros erhält ja erfreulicherweise neuerdings einen Sozialplan. Diese Ausnahme aber wird, darauf haben in den letzten Jahrzehnten immer mehr sozialwissenschaftliche Analysen aufmerksam gemacht, in Zukunft normal werden, denn den modernen Gesellschaften geht scheinbar die Arbeit aus. Und dies hat schon Hannah Arendt prophezeit in ihrem Buch »Vita activa oder Vom tätigen Leben«. Sie stellt fest, »was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht«. Was könnte verhängnisvoller sein?

Spätestens seit Beginn der 1970er Jahre wird diese Frage angesichts wachsender Arbeitslosenquoten und einer fortschreitenden Globalisierung nicht nur der Wirtschaftsströme sondern auch der Arbeitsmärkte auch in Europa unter dem Stichwort »Krise der Arbeitsgesellschaft« breit diskutiert. An dieser Diskussion beteiligen sich vor allem die Sozialwissenschaften, aber auch viele Sozialpolitiker und -politikerinnen. Sie erörtern engagiert und kontrovers die Wandlungsprozesse des Arbeitens, ihre gesellschaftlichen Ursachen und sozialen Folgen. Dabei schlagen die einen vor, möglichst viele Berufsgruppen so zu stellen, dass sie Sozialpläne erhalten. Andere plädieren dafür, ganz andere, neue Wege zu gehen und das soziale Sicherungssystem grundsätzlich umzubauen, um alle, auch die Film- und Fernsehschauspieler und -schauspielerinnen nicht nur ausnahmsweise sondern grundsätzlich besser abzusichern. Dabei scheinen mir gegenwärtig zwei tief greifende strukturelle Wandlungsprozesse der Erwerbsarbeit besonders wichtig:

- der Aufstieg der Kultur- und Kreativwirtschaft und
- der Niedergang des so genannten Normalarbeitsverhältnisses.



Prof. Dr. Andrea D. Bührmann,
Universität Göttingen

Seit einiger Zeit wird ein Wandel der Industriegesellschaften zu wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaften beobachtet. Einige sprechen auch von Wissensgesellschaften. Dabei steigt die Kultur- und Kreativwirtschaft zur neuen Leitbranche auf. Der US-amerikanische Stadtsoziologe Richard Florida hat vom Aufstieg der kreativen Klasse gesprochen und Angela McRobbie stellt fest, dass zwar schon immer Menschen im Kultur- und Kreativsektor gearbeitet haben, aber seit den 1990er Jahren konnte eine richtungsweisende Veränderung konstatiert werden, denn das Arbeiten in der Kultur- und Kreativwirtschaft steige zur neuen Avantgarde des Arbeitens auf. Im Kern der Kreativ- und Kulturwirtschaft werden die bildenden und darstellenden Künste verortet, also etwa Schauspielerinnen und Schauspieler, aber auch z.B. Musikerinnen und Musiker. Sie gelten als diejenigen, die künstlerische Leistungen selbst schöpfen, während in anderen Bereichen der Kulturwirtschaft der Wert dieser Leistungen abgeschöpft wird. Schließlich sorgen sogenannte Wissensarbeitende für die ökonomische Verwertung der Produkte aus der Kultur- und Kreativwirtschaft. Der Welt der Kultur- und Kreativwirtschaft kommt mittlerweile eine zentrale Rolle für die Generierung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen in Deutschland zu. Schätzungen, die auf der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung basieren, gehen davon aus, dass schon 2006 die Wertschöpfung der Kreativ- und Kulturwirtschaft bei etwa 61 Mrd. Euro gelegen hat. Das entspricht 2,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Damit liegt sie übrigens fast gleichauf mit der Automobilindustrie.

Insgesamt sind in der Kultur- und Kreativwirtschaft derzeit etwa 2,7 Mio. Menschen tätig. Allein zwischen 1995 und 2003 kann ein Zuwachs der Beschäftigtenzahlen von mehr als 31 Prozent festgestellt werden. Sicherlich können diese Zuwächse auch darauf zurückgeführt werden, dass z.B. große Unternehmen ihre Grafik- und Designabteilung outgesourced haben. Nichtsdestotrotz arbeiten in Deutschland immer weniger Menschen in der Produktion von Industriegütern, während immer mehr Menschen im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft tätig sind.

Diese Entwicklungen bewirken, dass sich sowohl die Arbeitsinhalte als auch die Arbeitsformen dramatisch verändert haben. Es wandelt sich nicht nur, was die Menschen arbeiten, sondern auch wie sie arbeiten. Dabei erodiert besonders das normale Arbeitsverhältnis, d.h., immer weniger Menschen sind auf einer unbefristeten versicherungspflichtigen Vollzeitstelle angestellt.

So arbeiten nicht nur immer mehr abhängig Beschäftigte, sondern auch immer mehr Selbstständige in prekären Beschäftigungsverhältnissen, d.h. sie befinden sich in einem »heiklen Schwebezustand« zwischen Wohlfahrt und Armut: Sie wissen heute nicht, wovon sie in Zukunft leben werden, sie können nicht für längere Zeit planen und müssen beständig mit der Angst leben, wenn nicht heute, dann vielleicht doch morgen ohne Einkommen zu sein. Diese Prekarisierungstendenzen finden sich zwar überall. Sie finden sich freilich besonders häufig – nicht wie vielleicht zu erwarten wäre – in den alten industriegesellschaftlichen Wirtschaftsbranchen, sondern vor allem in der Kultur- und Kreativwirtschaft. Vieles

Zum Weiterlesen ...

Andrea D. Bührmann,
Hans J. Pongratz (Hg.):
Prekäres Unternehmertum.
Unsicherheiten von
selbständiger Erwerbstätigkeit
und Unternehmensgründung,
Wiesbaden 2010

spricht dafür, als seien diese Arbeitsverhältnisse paradigmatisch für die zwar neuen, aber eben nicht so schönen, sondern problematischen Arbeitswelten in Wissensgesellschaften.

Besonders betroffen sind die Bereiche Bildung und Ausbildung, Journalismus und Publizistik, Werbung und Grafik/Design aber auch die bildenden und darstellenden Künstlerinnen und Künstler. Letztere erscheinen mir zum einen besonders interessant, da sie oft nicht entweder selbständig oder abhängig beschäftigt prekär arbeiten, sondern oft zugleich als Angestellte und als Selbständige prekär arbeiten. Zum anderen ist an den Künstlerinnen und Künstlern interessant, dass sie nicht neuerdings prekär arbeiten, sondern die meisten von ihnen schon immer. Das heißt, in dieser Branche besteht ein altes Wissen darüber, wie wir mit diesen neuen problematischen Arbeitswelten umgehen können.

- Wie gehen Künstler und Künstler/innen mit prekären Arbeitssituationen um?
- Wie kombinieren sie abhängige und selbständige Erwerbsarbeit?
- Und an welchen Punkten fallen sie durch das soziale Netz?
- Aber auch: Welche Netze haben sie sich selbst geschaffen?

Das sind hier wichtige Fragen. Ich halte es aber für genauso wichtig, nicht nur von den individuellen Bewältigungsstrategien zu lernen, sondern auch nach Möglichkeiten zur Veränderung der strukturellen Probleme zu fragen. Denn die hier beschriebenen Entwicklungen betreffen heute nicht nur den Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft. Vielmehr wird in der Forschung schon länger diskutiert, dass diese Prozesse paradigmatisch für die anstehenden Veränderungen in anderen wirtschaftlichen Bereichen sein werden. **Damit rücken die Belange der Kultur- und Kreativwirtschaft von der Peripherie ins Zentrum sozialpolitischer Überlegungen.**

Das Ziel kann dabei aber nicht darin bestehen, den Sozialstaat noch weiter abzubauen. Vielmehr geht es darum, ihn intelligent um- und wieder aufzubauen: Es geht darum, neue Formen der Arbeit zwischen unsteter Beschäftigung und prekären Unternehmertum nicht nur aufzuwerten, sondern auch angemessen abzusichern – damit der arme Poet oder die arme Poetin nicht zum Sinn- oder gar Vorbild für die Veränderungen in der Arbeitswelt werden. Damit stehen wir in Deutschland vor einer besonderen Herausforderung, denn während in den meisten anderen EU-Staaten Selbstständige durch staatliche Pflichtversicherungen bereits systematisch erfasst werden, ist die Pflichtversicherung in Deutschland auf wenige Gruppen der Selbstständigen beschränkt. Dahinter steht die noch aus der Tradition der Bismarckschen Sozialversicherung stammende Überzeugung, dass die Selbstständigen sich schon selbst versorgen können und deshalb in der Regel nicht des kollektiven Schutzes der Solidargemeinschaft bedürften.

Wie dieses Problem angesichts einer grassierenden Prekarisierung auch der selbstständigen Arbeit besonders in der Kultur- und Kreativwirtschaft bearbeitet werden sollte, hängt m.E. von der Einschätzung ab, wie man die weitere Entwicklung einschätzt. Hier zeichnen sich drei zentrale Zukunftsszenarien ab:

Erstens gäbe es natürlich die Möglichkeit, vor den aktuellen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt die Augen zu verschließen und gar nichts zu tun. Das wäre

aber eine Scheinlösung. Ist man an einer ernsthaften Lösung der anstehenden Probleme interessiert – und darum geht es uns ja schließlich – dann kann man sich für eine große und für eine kleine Lösung entscheiden.

Bei der kleinen Lösung ginge man davon aus, dass die Erosion der Normalarbeitsverhältnisse zurückgedrängt werden könnte und hier würden dann, wenn nötig, zu den schon vorhandenen Sondersystemen weitere hinzugefügt. Also, wie beim Fall »Marienhof«, dass nun auch Sozialpläne für Film- und Fernsehschaffende zur Regel würden, aber die Schauspielerinnen und Schauspieler z.B. davon nicht regelmäßig profitierten.

Bei der großen Lösung unterstellt man, dass die Erosionsprozesse der Normalarbeit unaufhaltsam voranschreiten. Dann müsste das gesamte Sozialversicherungssystem umgebaut werden und es wäre wünschenswert, dass alle Erwerbstätigen, unabhängig davon, ob sie als abhängig Beschäftigte oder Selbstständige am Arbeitsmarkt aktiv sind, in die Sozialversicherungssysteme integriert würden. Das heißt, auch die Schauspielerinnen und Schauspieler im »Marienhof« würden abgesichert.

Olaf Zimmermann

Der Künstler stürzt in freiem Fall – die schiere Zunahme an Arbeitsplätzen in den Kulturmärkten ist kein politischer Erfolg

Der Lyriker Robert Gernhardt hat die wirtschaftliche und soziale Lage von Künstlern in einem Gedicht sehr gut auf den Punkt gebracht:

Alles über den Künstler

Der Künstler geht auf dünnem Eis.

Erschafft er Kunst? Baut er nur Scheiß?

Der Künstler läuft auf dunkler Bahn.

Trägt sie zu Ruhm? Führt sie zum Wahn?

Der Künstler stürzt in freiem Fall.

Als Stein ins Nichts? Als Stern ins All?

Gerade im Kulturbereich gibt es eine sehr breite Spanne zwischen den am Markt erfolgreichen Künstlern, die sehr viel verdienen und den Künstlern, die sich am Markt nicht etablieren können und am Rande des Existenzminimums leben müssen. Also kurz gesagt zwischen denen, die in den Kunstolymp aufsteigen und denen, deren Werke vergessen werden. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Erfolgreichen macht in der Regel weder den Verbänden noch der Politik Kopfweh. Sie können von ihrer künstlerischen Arbeit leben und dieses teilweise sehr gut. Sorge bereiten die Künstler, die sich auf dem Markt nicht ausreichend



Problem Prekarisierung



Olaf Zimmermann,
GF Deutscher Kulturrat

etablieren können. Ein wichtiger Indikator für ihre wirtschaftliche und soziale Lage sind die jährlichen Meldungen bei der Künstlersozialkasse. Die dort versicherten Künstlerinnen und Künstler müssen jeweils das Einkommen des nächsten Jahres vorausschätzen. Diese Schätzung ist Grundlage für die Festlegung der Beiträge zur Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung. Sollte die Schätzung nicht zutreffen, muss die Vorausschätzung nach oben oder unten korrigiert werden. Die versicherten Künstler haben zum 1. Januar 2011 der Künstlersozialversicherung ein Jahresdurchschnittseinkommen von 13 689 Euro gemeldet, **das ist ein Monatseinkommen von 1140 Euro.** – Zur Erinnerung: das pfändungsfreie Existenzminimum für Alleinstehende beträgt 990 Euro. Das heißt, das Durchschnittseinkommen der in der Künstlersozialversicherung versicherten Künstler liegt gerade mal 150 Euro über dem pfändungsfreien Existenzminimum.



»Lange Nacht der Museen«
im Willy-Brandt-Haus:
Musikgenuss in Liegestühlen

– Besonders niedrig ist das Durchschnittseinkommen in der Sparte Musik mit 11 781 Euro im Jahr sogar noch unterhalb des pfändungsfreien Existenzminimums, relativ hoch ist es in der Sparte Wort mit 16 983 Euro/Jahr. Das monatliche Bruttodurchschnittseinkommen der Arbeitnehmer in Deutschland betrug im 4. Quartal 2010 laut Statistischem Bundesamt

3 261 Euro/Monat. Daraus ergibt sich ein Durchschnittsjahresverdienst der Arbeitnehmer von 39 132 Euro, also drei Mal mehr als das Jahresdurchschnittseinkommen von Künstlern.

Diese Zahlen belegen, dass das Gros der Künstler weit unterdurchschnittlich verdient. Vor allem, wenn berücksichtigt wird, dass in der Regel eine akademische Ausbildung absolviert wurde. Es ist für viele schwer mit einem solchen Einkommen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Eine ausreichende Rente kann damit nicht erwirtschaftet werden.

Trotz der eher trüben Einkommensaussichten wächst die Zahl der Künstler nach wie vor. Auch hier geben die Daten der Künstlersozialkasse wieder wichtige Hinweise. Im Jahr 2010 waren rd. 170 000 Künstler in der Künstlersozialversicherung versichert. Im Jahr 1992, dem ersten Jahr, in dem die Künstler aus Ost- und Westdeutschland zusammen erfasst wurden, waren es noch 58 460 Künstler. Die Zahl der in der Künstlersozialversicherung Versicherten ist also um den Faktor 2,9 gestiegen, d.h. sie hat sich fast verdreifacht. Besonders hoch ist der Anstieg im Bereich Wort mit dem Faktor 3,4. Hier stieg die Zahl der Versicherten überdurchschnittlich.

Dieser Anstieg kann mit der veränderten Medienproduktion in Verbindung gebracht werden. Gerade bei den Printmedien fanden in den letzten Jahren tiefgreifende Strukturveränderungen statt. Die Zahl der festangestellten Journalisten beispielsweise ist gesunken und viele ehemals Festangestellte arbeiten nun als Freie. Diese freiberuflich tätigen Journalisten sind selbstverständlich in der Künstlersozialkasse versichert. Lektoren, vor einigen Jahrzehnten noch typi-

scherweise in Verlagen angestellt, arbeiten zunehmend freiberuflich. Und viele andere Beispiele könnten angeführt werden. Der Anstieg der Zahl der in der Künstlersozialkasse Versicherten ist also zum einen auf die Veränderung des Arbeitsmarktes Kultur zurückzuführen. Die ohnehin schon starke Verbreitung der freiberuflichen Arbeit wurde noch einmal verstärkt.

Zum anderen hat sich in den letzten Jahren die Zahl der Ausbildungsgänge für künstlerische Berufe wie auch die Zahl der Ausbildungsstätten erhöht. Wenn viele Menschen in künstlerischen und kulturellen Berufen ausgebildet werden und gleichzeitig die Zahl der abhängigen Beschäftigung nicht wächst, ist eine logische Schlussfolgerung, dass die Anzahl der Selbstständigen und damit auch die der in der Künstlersozialkasse Versicherten ansteigt. Darüber hinaus hat die positive Darstellung der Wachstumsbranche Kultur- und Kreativwirtschaft weitere junge Menschen ermutigt, ihr Glück als Selbstständige in der Kultur- und Kreativwirtschaft zu suchen.

Viele von denjenigen, die sich in der Kultur- und Kreativwirtschaft selbstständig machen, haben allerdings nicht die Option sich als Künstler in der Künstlersozialversicherung sozial abzusichern. Dazu gehören z.B. freiberufliche Kunsthistoriker, viele Schauspieler, Kulturmanager, Kulturvermittler wie beispielsweise Galeristen und andere mehr. Sie müssen für ihre Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung als Selbstständige vollständig selbst aufkommen. Das heißt, sie müssen sowohl den sogenannten Arbeitgeber- und den Arbeitnehmeranteil entrichten. Ich befürchte, dass hier in den nächsten Jahren eine große Gruppe an Selbstständigen anwächst, die im Berufsleben und erst recht im Alter unzureichend abgesichert ist.

Wie groß diese Gruppe tatsächlich ist, wie sich ihre Einkommenssituation tatsächlich darstellt, darüber gibt es leider keine wirklich verlässlichen Daten. Der Deutsche Kulturrat erstellt im Auftrag des Staatsministers für Kultur und Medien eine Machbarkeitsstudie für eine große Untersuchung zum Arbeitsmarkt Kultur. Unser Auftrag ist zu identifizieren, in welchen Bereichen weitere empirische Studien zum Arbeitsmarkt Kultur erforderlich sind und welche Fragen genau gestellt werden müssen. Ende des Jahres 2011 wird diese Studie fertig gestellt sein. Ich erwarte, dass ein Forschungsdesign für eine umfangreiche Arbeitsmarkt- und Sozialstudie entwickelt wird, die noch in dieser Wahlperiode in Auftrag gegeben werden könnte. Zum Schluss möchte ich noch einen Appell an die Politikerinnen und Politiker, die einen immer weiter wachsenden Kulturarbeitsmarkt zu ihrem politischen Ziel erklärt haben, richten. Die schiere Zunahme an Arbeitsplätzen in den Kulturmärkten ist kein politischer Erfolg, wenn nicht auch die Bedingungen für die dort Beschäftigten einigermaßen erträglich sind.



Die Studie »Zukunft Kulturwirtschaft«
des Kulturforums
kann kostenlos heruntergeladen werden unter:
www.kulturforen.de

Wolfgang Schneider

Konzertierte Wertschätzung statt prekärer Arbeitsbedingungen! Plädoyer für eine Kulturpolitik im Interesse von Künstlern

Kunst und Kultur werden von kreativen Menschen gestaltet, die einen großen Teil ihrer Lebenszeit dem künstlerischen Schaffen widmen. Mit ihren Angeboten zur gesellschaftlichen Selbstvergewisserung agieren Künstler in einem komplexen Handlungsrahmen zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Ihre Arbeiten sind nicht allein nach den Maßgaben von Effizienz, Produktion und Einschaltquoten zu bewerten. Aus diesem strukturellen Nachteil ergibt sich die Notwendigkeit staatlicher Verantwortung.

»Kultur in einer demokratischen Gesellschaft«, so heißt es in der Präambel zum Bericht der Enquête-Kommission »Kultur in Deutschland« des Deutschen Bundestages von 2007, »benötigt Freiräume für das Unverfügbare, das weder ökonomisch noch politisch Nutzbares – um der Künstler willen, aber auch um ihrer selbst willen.« (Regensburg 2009)

Um der Künstler willen, das sind etwa 1,5 Millionen, die in den 27 Ländern der EU 2009 als solche gearbeitet haben. Laut Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, vom 14. April 2011, sind das mehr als 300 000 aus Deutschland, immerhin gut ein Fünftel und rund ein Prozent der Gesamtbeschäftigten. Hinter den Zahlen verbergen sich Schriftsteller und die so genannten Kulturschaffenden, also »Autoren, Journalisten, Bildhauer, Maler, Komponisten, Musiker, Sänger, Choreografen, Tänzer, Schauspieler, Regisseure und andere ähnliche Künstler«. (Brüssel 2011)

Künstler-Report fff. In den Jahren 1972 bis 1975 wurde in der alten Bundesrepublik Deutschland erstmalig ein Bericht mit Daten zur sozialen und wirtschaftlichen Lage von Künstlern und deren Stellung in der Gesellschaft erarbeitet. Der Künstlerbericht war die Grundlage für verschiedene Reformvorhaben, das Wichtigste war sicherlich das 1981 verabschiedete Künstler-sozialversicherungsgesetz. Den Künstlern, die in der Künstlersozialkasse eine Kranken- und Alterssicherung als Versicherte gefunden haben, geht es seitdem besser, die meisten von ihnen sind aber nach wie vor in ihrer Existenz ungesichert. Sie sind hochflexibel, überdurchschnittlich gebildet, engagiert und kinderlos, organisieren sich zum großen Teil als selbstständige Kleinunternehmer – stehen aber finanziell miserabel da. Ihr Durchschnittseinkommen ist lächerlich gering, soziale Absicherung so gut wie nicht vorhanden, fast allen droht die Altersarmut. Wie viel erschreckende Wahrheit in der Redewendung von der brotlosen Kunst steckt, belegte 2010 der »Report Darstellende Künste« über die wirtschaftliche, soziale und arbeitsrechtliche Lage der Theater- und Tanzschaffenden in Deutschland. Grundlage des vom Fonds Darstellende Künste herausgegebenen informativen Bandes sind nationale und internationale Studien, die Ergebnisse eines Symposiums, eine Fragebogenaktion und Interviews. Die bil-

den die ernüchternden Arbeits- und Lebensbedingungen deutscher Tanz- und Theaterkünstler schnörkellos ab.

Trauriges Fazit: »Für die Mehrheit der Theater- und Tanzschaffenden hat sich die wirtschaftliche und soziale Lage in den letzten Jahren deutlich verschlechtert.« (Essen 2010) Weil etwa 50 Prozent der darstellenden Künstler von ihrer Kunst allein nicht leben können, müssen sie mit anderen Berufen Geld verdienen. Sie versuchen sich notgedrungen im freien Unternehmertum als Selbstständige, sind auf besser verdienende Partner angewiesen oder bekommen noch lange von den Eltern etwas zugesteckt – sofern sie dazu in der Lage sind. Selbstmanagement gehört dazu, wenn man wie 62 Prozent der darstellenden Künstler in anderen Orten als dem Wohnort tätig ist (davon 47 Prozent im Ausland). Und wenn man, in Zeiten kommunaler Finanznot bedroht von Subventionskürzungen oder Strukturreformen, jederzeit sozusagen von der Bühne gefegt werden kann.

Wen wundert es da, dass 66 Prozent kinderlos sind. Das durchschnittliche Einkommen eines freien darstellenden Künstlers beträgt etwas mehr als 12 000 Euro – im Jahr, nicht im Monat. Damit liegt es etwa 40 Prozent unter dem aller Arbeitnehmer in Deutschland, einschließlich geringfügig Beschäftigter. Aus der günstigen Künstlersozialkasse fallen viele heraus oder werden gar nicht erst aufgenommen, wenn sie zu wenig im rein künstlerischen Bereich verdienen.

Die Studien sind empirischer Natur. Susanne Keuchel vom Zentrum für Kulturforschung listet die Arbeitssituationen auf, eine Untersuchung des Landesverbandes freier Theaterschaffender Berlin wertet die Lebensverhältnisse von Darstellenden Künstlern aus, Cornelia Dümcke dokumentiert Ergebnisse einer Sichtung der Literatur zu den Darstellenden Künsten im Spiegel der Kultur- und Kreativwirtschaftsberichte der Länder und Städte in Deutschland, das deutsche Zentrum des Internationalen Theaterinstituts recherchierte zum Status der Künstler im Bereich Darstellende Künste. Die Forschung zum Thema ist ergiebig. Zu verweisen wäre noch auf Carroll Haaks Abhandlung über die »Wirtschaftlichen und sozialen Risiken auf den Arbeitsmärkten von Künstlern« (Wiesbaden 2008), auf die Expertise von Marlies Hummel über »Die wirtschaftliche und soziale Literatur bildender Künstlerinnen und Künstler« im Auftrag des BBK (Königswinter 2008) und den Endbericht des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur »Zur sozialen Lage der Künstler und Künstlerinnen in Österreich« (Wien 2008).

Kulturpolitik für Künstler? Allein drei Dissertationen beschäftigen sich am Lehrstuhl für Kulturpolitik mit der Thematik:

Reiner Küppers Dissertation ist Ende letzten Jahres erschienen und trägt den Titel »Künstlerinnen und Künstler zwischen kreativer Freiheit und sozialer Sicherheit«. Er führt einen Diskurs zur Kulturpolitik in Zeiten der europäischen Integration und behandelt diesen in einem multidisziplinären Kontext. Soziologische und kulturwissenschaftliche Theorien werden vor dem Hintergrund aktueller ökonomischer, sozialer und politischer Prozesse erörtert, die



Kunst, alles andere als tot.



Prof. Dr. Wolfgang Schneider
ist Direktor des Instituts
für Kulturpolitik der
Universität Hildesheim.

Verantwortung des Staates seinen Künstlern gegenüber davon abgeleitet und der sozialrechtliche Horizont für eine Perspektive der Künstlersozialversicherung in Europa entwickelt.

Azadeh Sharifi beschäftigt sich in ihrem Promotionsprojekt mit dem Phänomen des Postmigrantischen Theaters. Einerseits geht es um die Schaffung einer eigenen Identität in der deutschen Gesellschaft und dem theatralen Kosmos, es geht um Themen und Traditionen der aufeinander treffenden Kulturen, es geht um Barrieren und Partizipation. Die erfolgreich vor kurzem verteidigte Dissertation entwirft aber eben auch ein kulturpolitisches Modell, wie es unserer Kulturlandschaft gelingen möge, postmigrantische Künstler als Bereicherung des Theaterschaffens anzuerkennen und mit ihnen einen bisher kulturell ausgeschlossen Teil der Bevölkerung als Publikum zu erschließen.

Usa Beer wird ihre Dissertation über den Eigenwert des künstlerischen Schaffens am Beispiel von Bildenden Künstlern bald abgeschlossen haben. Ihr geht es darum, die Kompetenzen von Künstlern als Gut der Gesellschaft zu fundieren, indem sie ihre Lebenswelten analysiert, ihr Hineinwirken in die Gemeinschaft reflektiert und Erkenntnisse für eine Kulturpolitik generiert, die der Bedeutung des künstlerischen Tuns gerecht werden kann.

Berichten möchte ich aber von einem anderen Projekt, das mittels qualitativer Methoden Künstler zu Wort kommen lässt. Ein auf zwei Semester angelegtes Forschungsunternehmen mit Studierenden der Hildesheimer Kulturwissenschaften hat sich mit dem »Künstlerbericht« von 1975 und neueren Untersuchungen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Künstler in Deutschland beschäftigt sowie durch Interviews mit Schriftstellern, Filmemachern, Musikern, Theaterschaffenden und Bildenden Künstlern eigenes Material gesammelt, analysiert und reflektiert. Direkte und indirekte Künstlerförderung, die Künstlersozialversicherung und andere kulturpolitische Konzepte, die die Freiheit der Kunst begünstigen sollen, standen dabei auf dem Prüfstand. Herausgekommen ist »Ein kleiner Künstler-Report« mit 25 Porträts, die auch das Notwendige für eine Kulturpolitik benennen, die aus der Sicht der Betroffenen Reformbedarfe beschreibt und zur Diskussion in den Kommunen, Ländern und im Bund beitragen kann.

Mit den transkribierten Aussagen sollen die Künstler selbst zu Wort kommen; denn allzu oft kümmert sich Kulturpolitik um die Institutionen der Kunst, meint Kulturpolitik zu weiten Teilen eine städtische Kunstförderung und hat zwar theoretisch etwas zur Rolle der Künstler in der Gesellschaft zu sagen, aber das ist ein Sprechen über die Akteure, ein Dialog mit den Kulturproduzenten wäre aber zu intensivieren, eine Kulturpolitik der Künstler eine anzustrebende Perspektive. Schlaglichtartig seien einige wenige Aussagen und Anmerkungen der Künstler zitiert, sie mögen aber beispielhaft die Binnensicht auf Kulturpolitik schärfen und kulturpolitisches Handeln fokussieren.

Erstens: Kulturelle Vielfalt schützen! Die meisten der befragten Künstler setzen sich mit dem Arbeitsmarkt auseinander, kritisieren den Druck des Marktes und die Ökonomisierung der Kultur. Eine Filmregisseurin plädiert angesichts der Frage,

ob der Markt den gefühlten Überschuss an Filmemachern nicht selbst regulieren könne dafür, eine Art »Schutzprogramm für experimentellen, innovativen und künstlerisch wertvollen Film«. Dieser habe seine Berechtigung und sei sehr wichtig, weil er wiederum den kommerziellen Film beeinflusse und neue Impulse setze. Immer wieder wird auf den Auftrag der Kulturpolitik verwiesen, für kulturelle Vielfalt Rahmenbedingungen zu schaffen und die viel beschworenen Freiräume tatsächlich auch zu ermöglichen. Man müsste zudem Auftrittsorte haben, bei denen man die Zusammenarbeit der verschiedenen Künste unterstützt, schlägt eine Schriftstellerin vor. Es geht in der ganzen Gesellschaft, in der ganzen Welt, immer um Vernetzung, aber wenn Künstler das versuchen, erreicht sie die auf Sparten eingeeengte Förderung nicht. Und die Raster sind oft sehr eng und starr.

Zweitens: Kunst ist kulturelle Bildung! Gefragt nach dem Bildungsauftrag seiner Arbeit hebt ein Musiker die Bedeutung seiner Lehrtätigkeit besonders hervor. Die Vermittlung von Musik durch kulturelle Bildung sei für ihn sogar der wichtigste Teil. Weiter bestätigt er, dass dies auch von den Künstlern in der Gesellschaft erwartet werde. Viele Künstler betonen selbstbewusst, dass sie zur kulturellen Bildung beitragen, indem sie mit ihren Kunstwerken auch eine Wahrnehmungsschulung implizieren. Bibliotheken sind wichtig, sagt eine Schriftstellerin. Viele Schulbibliotheken würden zum Beispiel für Schreibwerkstätten gerne Autoren einladen. Doch das geht häufig nicht, da die Eltern das Geld nicht aufbringen können. Es hat nicht jede Schule einen reichen Elternverein. Die Politik klagt sehr darüber, dass Kinder und Jugendliche ungebildet sind, schlecht lesen und sprachlich zu wenig ausgebildet sind, aber sie unterstützen viel zu wenig direkt an dieser Stelle, weil das nicht mit marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten organisiert werden kann. Es gibt bestimmte Bevölkerungsgruppen, die müssen gefördert werden, dazu gehören Kinder und Jugendliche.

Drittens: Kultur braucht Förderung! Künstler profitieren von der direkten Künstlerförderung. Aber Preise, Stipendien und Projektaufträge gehen oft an der Lebenswirklichkeit vorbei. Viele Befragte plädieren für eine Überprüfung des kulturpolitischen Instrumentariums, einige fordern eine konzertierte Aktion der diversen Förderer in Stadt und Land, öffentlicher und privater Einrichtungen und des Bundes. »Viele Förderungen unterliegen einer Altersbeschränkung, das finde ich schwierig. Ich habe schon ein Dutzend Bücher veröffentlicht, ich bin nicht mehr unter 35 Jahren, ich bin keine Anfängerin und trotzdem kann ich ab und zu mal eine Förderung gebrauchen. Wenn ich alle zwei Jahre ein Stipendium hätte, dann könnten auch größere Projekte entstehen. Ganz ohne Förderung ist es sehr schwierig. (...) es wäre ganz gut, wenn es viel mehr Förderung für kürzere Zeiträume geben würde, mit entsprechend höheren Summen. Dass man wirklich drei Monate mal alles ausschalten und einfach schreiben kann.« »Das eigentliche Problem ist die Ungleichgewichtigkeit: Frauen haben meistens einen ganz anderen Lebenslauf als Männer, selbst wenn er nicht so unordentlich ist wie meiner. Frauen kriegen ja meistens Kinder um



Schwierige Lage der Künstler



Günter Herburger, erster
Preisträger des Literaturpreises
»Von Autoren für Autoren«
des Lübecker Literatur-
treffens 2011

die 30 und haben dann erst einmal mit denen zu tun. Viele Stipendien, Förderprogramme und Ausschreibungen richten sich aber nur an Künstlerinnen bis 35. Ich finde, dass die Lebensläufe stärker in Betracht gezogen werden sollten.»

Viertens: Wider die Bürokratie der Künstlerförderung! Die Klage ist groß; denn der Förderdschungel sei intransparent. Und es brauche zu viel Zeit, um Mittel zu beantragen, um Mittel zu bekommen, um Mittel abzurechnen. Eine Bildende Künstlerin nennt die am häufigsten genannten Faktoren, die Verbesserung bedürfen: bessere Ausstellungsmöglichkeiten und bezahlbare Atelierräume, vor allem Beratungsstellen, die internationale Ausschreibungen und Preise transparent für Künstler aufbereiten. Das Modell von Künstler-Agenturen, die Mittlerorganisation sein könnten zwischen Kulturpolitik und Kulturschaffenden, taucht in diesem Zusammenhang auch schon einmal auf.



Öffentlich-rechtlicher Kulturauftrag

Fünftens: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat einen Kulturauftrag! »Die Medien verheimlichen gute Musik. Es zählt nur, sagt der Musiker, was eingängig ist, damit der Verbraucher nicht viel nachdenken muss. Die Medien entziehen sich dem kulturellen Auftrag, den sie meiner Meinung nach haben. Ich würde mir wünschen, dass Medien ihren Kulturauftrag ernster nehmen.« Auch dieses Thema beschäftigt viele der befristeten Künstler, nicht nur die Filmemacher, aber insbesondere die: »In der Filmförderung sind wir eigentlich gut aufgestellt«, sagt der Filmregisseur »Nur beim Fernsehen treten wir seit Jahren auf der Stelle.« Denn im öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt der Dokumentarfilm zu kurz. Für die wenigen verfügbaren Sendeplätze gibt es tendenziell immer weniger Geld. Die Honorierung im Dokumentarfilmbereich liegt weit unter allen anderen Urheber-Vergütungen, die im Rundfunk gezahlt werden. In den letzten zwanzig Jahren, in denen die Gagen zum Beispiel für Produktionsleitung oder Kamera um mehr als 200 Prozent gestiegen sind, blieb die Steigerung für Dokumentarfilmautoren und Regisseure einstellig. Von den Produktionsbudgets ganz zu schweigen. »Im Blick auf die Bezahlung bilden wir unter allen Kreativen des Mediensektors das Schlusslicht. Selbst der Wetterbericht ist teurer als ein Dokumentarfilm.«

Sechstens: Die Künstlersozialkasse und die Bundesagentur für Arbeit sind reformbedürftig! Die Gesellschaft entwickelt sich, die Kunst und die Künstler selbstverständlich auch. Aber kommt denn auch die Kulturpolitik nach? Immer wieder benennen die befragten Künstler auch Reformbedarfe bei der Künstlersozialversicherung. »Ich finde es schwierig zu definieren, wer Künstler ist. Die KSK macht das ja knallhart. Autorentätigkeit, Kamera und Regie sind künstlerisch. Aber Cutter, also Leute, die Filme schneiden, sind zum Beispiel nicht als Künstler bei der KSK anerkannt, obwohl diese genauso eine künstlerische Arbeit machen, wie die hinter der Kamera.«, sagt der Filmemacher. Was die KSK wirklich für Künstler bedeutet, das wurde dem Dramatiker erst klar, als es zu Diskussionen über eine etwaige Abschaffung kam. »Es wäre ein absoluter Horror,

wenn es die KSK nicht mehr gäbe.« Sie sei für »freiberufliche Arbeit extrem wichtig. Sie muss aber auch mit der Zeit gehen.« Dies gelte selbstverständlich auch für die Arbeitsvermittlung. Die Mitarbeiter bei der Bundesagentur für Arbeit sagen einem auch ganz ehrlich, dass man dort durchs Raster fällt, weil die mir natürlich weder als Regisseurin, noch als Autorin einen Job vermitteln können, wie sollen sie auch? Theater suchen ihre Regisseure nicht beim Arbeitsamt. »Für mich konnten die gar nichts tun, aber ich musste trotzdem immer da sein. Selbst wenn man das anfechtet mit der Begründung, einen Beruf zu haben, in dem man viel verweist, um Kontakte zu verschiedenen Leuten und Einrichtungen zu knüpfen, wird man als Arbeitssuchender eingestuft und als Arbeitssuchender, der Geld bekommen möchte, muss man zu Hause sein, allzeit bereit, loszurennen, falls sich ein Job ergeben soll.«



Ohne Grundsicherung: Spitzweg

Siebtens: Grundsicherung der Kultur. Grundeinkommen der Künstler! »Warum werden Künstler nicht bezahlt?«, fragt ein Filmregisseur. »Ich halte ein Grundeinkommen für Künstler dringend für angebracht. Natürlich muss man prüfen, wer das bekommt und was er dafür tut. Aber die Deutschen lieben ihre Künstler nicht. Ein Künstler in Frankreich ist was ganz anderes als in Deutschland. Irgendwie ist das seltsame Vorurteil verbreitet, dass Künstler faul sind oder zu viel Geld bekommen.« Und noch grundsätzlicher plädiert ein Schriftsteller: Als wesentliche Aufgabe der Kulturpolitik sei es, die Wichtigkeit von Kunst und Kultur noch entschiedener zu unterstreichen. Die Gesellschaft brauche einen Ausgleich zum Wirtschaftsstreben und Konkurrenzdruck. »Wir müssen begreifen, dass Kultur nicht nur ein Luxus, sondern als Gegenangebot eine existenzielle Notwendigkeit ist, dass der Mensch mehr ist, als dieses zu verwertende Wesen.« Seiner Meinung nach haben das Kulturelle und Soziale viele Verbindungen. »Eine soziale Kultur kann nur entstehen, wenn es auch eine ästhetische Kultur gibt und umgekehrt.«

Es ist gut, Künstler zu Wort kommen zu lassen, es ist gut, Auftrag und Wirklichkeit von Kulturpolitik am lebenden Corpus zu obduzieren, nicht alles ist gut, was gefordert wird – auch das muss gesagt werden. Politik ist kein Selbstbedienungsladen und Künstler müssen nicht von der Wiege bis zur Bahre gefördert werden. Aber es muss Konsens sein, dass nicht nur Armes Großes gebiert, es gibt eine soziale Verantwortung des Kulturstaates, es gibt eine Verpflichtung der sozialen Marktwirtschaft, nicht alles dem Diktat der Ökonomie zu unterwerfen. Kunst kostet und Künstlerarbeit sollte uns kostbar sein. Ohne dass mit Umwegrentabilitäten argumentiert werden muss, ohne die Kultur- und Kreativwirtschaft zum neuen Götzen einer Kulturpolitik zu machen.

Plädoyer für eine Künstlerverträglichkeitsklausel Ob die Stellungnahmen der Künstler nun repräsentativ sind oder nicht, ob sie Altbekanntes wiederholen oder Egoismen befriedigen wollen, deutlich geworden ist, die Stimmen der Künstler sollten der Gesellschaft wichtig sein. Insofern möchte ich abschließend die gefilterten sieben Forderungen an die Kulturpolitik pointieren. Kulturpolitische Konsequenz sollte sein, die Aus-, Fort- und Weiterbildung

Deutscher Bundestag (Hg.): Kultur in Deutschland. Schlussbericht der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages, Regensburg 2008

Eurostat (Hg.): Kultur in der EU 27. Kulturstatistiken im Rampenlicht. Pressemitteilung 55/2011, Brüssel, den 14. April 2011 (www.ec.europa.eu/eurostat)

Fonds Darstellender Künste (Hg.): Report Darstellende Künste, Essen 2010

Reiner Küppers: Künstlerinnen und Künstler zwischen kreativer Freiheit und sozialer Sicherheit, Frankfurt a.M. 2010

von Künstlern in Deutschland zu reformieren; Defizite im Kulturmanagement, Stärkung der Kulturvermittlung und Initiierung von kulturpolitischem Engagement seien als Leitlinien genannt. Kulturpolitische Konsequenz sollte aber auch sein, Kulturpolitik mehr konzeptionell zu denken, sozial- und bildungspolitisch zu vernetzen und von der Realität des Künstlerlebens auszugehen. Kulturpolitisch konsequent wäre zudem, eine Art Künstlerverträglichkeitsklausel bei allen gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Entscheidungen mitzudenken. Wenn sie uns so viel Wert sein sollen, die Künstler in Deutschland, wie es in den Sonntagsreden gelegentlich zu hören ist, dann muss dies auch im Alltagshandeln gefühlt werden dürfen. »Denn wenn irgendwer die Freiheit und Würde des Einzelnen diskutiert, einfordert, in aller Widersprüchlichkeit darstellt, die symbolischen Formen bereitstellt, in denen sie überhaupt gedacht und vor allem erlebt werden können, dann geschieht dies vor allem im Medium der Künste«, lautet mein Lieblingszitat aus dem Enquête-Bericht. Und deshalb bedarf es einer Kulturpolitik, die Kunst ermöglicht, verteidigt und mitgestaltet, die daraus abgeleitet den gesellschaftspolitischen Auftrag hat, Künstler nicht ihren prekären Arbeits- und Lebensbedingungen zu überlassen, sondern eine konzertierte Wertschätzung durch soziale und wirtschaftliche Absicherung zu garantieren.

Irina Wanka

»Der arme Poet« aus betroffener Künstlerinnensicht

Der arme Poet ist ein Gemälde aus dem Jahre 1839. Es zeigt einen Schriftsteller in seiner kärglichen Dachstube. Es ist kalt und der Dichter liegt zugedeckt auf seiner Matratze, um sich ein wenig warm zu halten, da er nichts zum Heizen hat, außer seinen Büchern, die er an seiner Seite niedergelegt hat.

So wird der arme Poet von seinem Maler Carl Spitzweg – ebenfalls ein Künstler – gesehen und dargestellt. Man kann das Bild aber auch anders deuten. Die Bildzeitung würde vielleicht titulieren:

»Deutschlands faulster Schreiberling«. Und die Verwaltungen würden noch zu einer ganz anderen Betrachtungsweise in Bezug auf das Dargestellte gelangen: Sie würden unserem Poeten womöglich die Dichtereigenschaft gar nicht erst zuerkennen, da er ja arm ist, also von seinem »angeblichen« Beruf nicht leben kann. Wahrscheinlich würden ihm die Steuerbehörden wegen der fehlenden Einnahmen »Liebhaberei« unterstellen, die Künstlersozialkasse ihn unter Umständen aus den gleichen Gründen abweisen.

Kann nun dieser arme Poet, der womöglich nur in den Augen seines ihn malenden Künstlerkollegen Carl Spitzweg ein Künstler ist, als Sinnbild für die Veränderung der Arbeitswelt dienen?

Zum Teil. Denn er ist als Schriftsteller selbständig tätig und schafft als solcher Werke der Dichtkunst. Er kann – wie sein Schöpfer Carl Spitzweg – als selbständig Tätiger



deshalb nur Sinnbild für das »prekäre Unternehmertum« sein. Darüber haben hier schon andere gesprochen.

Offensichtlich hat der arme Poet kaum Einnahmen aus seiner künstlerischen Arbeit und wäre heute womöglich nicht mal über die Künstlersozialkasse versichert, weil er die vorgeschriebene Mindestgrenze an Einkommen aus seiner künstlerischen Tätigkeit nicht nachweisen kann. Es hätte sich seit 1839 in seiner Arbeitswelt also nicht viel verändert, wenn man vielleicht davon absieht, dass er heute kein Manuskript, sondern ein veraltetes Laptop in seinen Händen halten würde und seine Gedichte im Internet abrufbar wären, ohne das ihm dadurch Einnahmen zufließen würden.

Sinnbild für prekäre Beschäftigungsverhältnisse kann er jedoch nicht sein. Darunter versteht man schlecht bezahlte und unsichere Arbeitsverhältnisse in der nicht-selbständigen Erwerbsarbeit. Künstler, die der nichtselbständigen Erwerbsarbeit nachgehen, sind zumeist ausübende Künstler, sie schaffen also kein eigenes Werk, sondern interpretieren (in aller Regel) das Werk eines anderen Künstlers. Typische Werkinterpreten sind Musiker und Schauspieler.

Häufiger noch als Musiker sind Schauspieler – und im Übrigen auch die meisten anderen freien Film- und Fernsehschaffenden – von Arbeitsverhältnissen betroffen, die hoch unsicher, befristet und ohne Kündigungsschutz ausgestattet sind, zu Gagen von denen man kaum überleben kann, verbunden mit einer zunehmend marginalisierten sozialen Absicherung, die den Besonderheiten der Berufsbilder nicht gerecht wird und weit unterhalb der Absicherung normaler, festangestellter Beschäftigter angesiedelt ist. Nehmen wir hier also den wenig beschäftigten Schauspieler als Sinnbild für den Teil der Künstler, die zunehmend in den erwähnten prekären Beschäftigungsverhältnissen anzutreffen sind. An ihm kann man exemplarisch auch die Problematik der Arbeitswelt fast aller anderen Film- und Fernsehschaffenden darstellen. Besonders betroffen sind freie Schauspieler. Dies liegt daran, dass Schauspieler immer seltener fest (durchgehend für eine Spielzeit oder über die Dauer eines gesamten Filmprojektes) engagiert werden. In aller Regel werden sie

tageweise beschäftigt und die Anzahl ihrer Beschäftigungstage pro Filmprojekt ist meist sehr überschaubar. (Eine Episodenhauptrolle in einer Serie wie Soko 1513 umfasst heute bestenfalls drei Drehtage.)

Daraus ergibt sich, dass man selbst mit drei Episodenhauptrollen im Jahr noch nicht einmal 10 Drehtage pro Jahr beschäftigt ist und damit bei weitem nicht an die Zeiten herankommt, die einem einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I in Aussicht stellen würde (nur um Missverständnissen vorzubeugen, die tatsächlichen Beschäftigungszeiten sind nur ein kleiner Bruchteil der Arbeitszeit, die ein Schauspieler de facto für die Ausübung seines Berufs aufwenden muss). Selbst wenn die Angabe der Allianz der Film- und Fernsehproduzenten stimmen sollte, dass Schauspieler im Schnitt 2000 Euro pro Drehtag erhalten – ich persönlich halte den Betrag für erheblich zu hoch angesetzt –, so würde sich ergeben, dass ein Schauspieler mit drei Episodenhauptrollen im Jahr noch nicht einmal 20000 Euro verdient hätte.

Es ist daher für einen »freien« Schauspieler in aller Regel notwendig, sich auch auf anderen Feldern seines Berufes zu betätigen, die aber zumeist weit weniger gut bezahlt sind. So arbeiten »freie« Schauspieler u.a. an (freien) Theatern, im Bereich Synchron und wirken als künstlerischer Sprecher bei Hörspielen und vergleichbaren Projekten mit, um sich über Wasser halten zu können. Eher selten arbeiten sie auch (auch) als Autor oder Regisseur.

Problematisch ist dabei, dass man einer – unterstellten – durchschnittlichen Tagesgage von 2000 Euro auf den ersten Blick die unangemessene Entlohnung oder den Lohndruck gar nicht entnehmen kann. Erst in Verbindung mit der durchschnittlichen Anzahl der Drehtage des Schauspielers pro Jahr offenbart sich die Erkenntnis, dass er weniger als der Durchschnitt der übrigen Arbeitnehmer verdient und sich weit häufiger als andere Arbeitnehmer in prekären Arbeitsverhältnissen befindet.

Ein »freier« Schauspieler weiß in den allerwenigsten Fällen, welche Einnahmen er mittel- oder langfristig zu erwarten hat, erhält er in aller Regel ja nur befristete Verträge über einzelne Beschäftigungstage. Daher hat er in der Praxis eine völlig unzureichende soziale Absicherung:

Er hat keinen festen Arbeitsplatz, keinen Anspruch auf Entgeltfortzahlung (da er nicht ununterbrochen mindestens vier Wochen bei einem Arbeitgeber versichert ist) im Krankheitsfall hat er keinen Anspruch auf Krankengeld (bestenfalls ab Beginn der siebten Krankheitswoche), ist u.U. nicht durchgehend krankenversichert, hat keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld (in aller Regel auch nicht mittels der verkürzten Rahmenfrist) und kaum die Möglichkeit, Rentenansprüche in einer Höhe zu erwerben, die ihn nicht direkt in die Altersarmut führen.

Dass »der arme Poet« – also Spitzwegs Werk – zunächst von den Kritikern verrissen und erst sehr viel später zu seiner erstaunlichen Beliebtheit gefunden hat, gehört zu den Berufsrisiken eines jeden Künstlers. Durch den Bestsellerparagraphen hat der Gesetzgeber zumindest dafür gesorgt, dass der Künstler einen Anspruch hat, wenn sein Werk erst später (finanziell) erfolgreich wird.



Irina Wanka,
Schauspielerin aus München,
Mitglied der Europäischen
Filmakademie

Auch sonst finden sich im Urheberrechtsgesetz viele Bestimmungen, die den Künstler und sein Werk bzw. den ausübenden Künstler und seine Darstellung schützen und ihn angemessen beteiligen sollen. In der Praxis helfen diese Bestimmungen den Künstlern nur wenig. Prof. Schricker vom Urheberrechtsinstitut der LMU München hat das resigniert in etwa so zusammengefasst: »Wir wollten mit dem Gesetz den Urhebern mehr Rechte zugestehen. Erreicht haben wir nur, dass sich die Abtretungserklärungen der Verträge um ein Vielfaches verlängert haben«.

Auch die derzeitige Diskussion in Bezug auf die Internetverwertung künstlerischer Werke verengt sich, für alle Künstler erschreckend, ausschließlich auf die Rechte derjenigen, denen die Künstler ihre Rechte haben abtreten müssen, die sogenannten »Rechte-Inhaber«; die eigentlichen Urheber bzw. Interpreten kommen in diesen Überlegungen gar nicht mehr vor. Sender, Verlage und Produzenten beklagen zu Recht Einnahmeverluste, die ihnen durch unerlaubte Nutzung der Werke im Internet entstehen. Von den entgangenen Einnahmen der Künstler spricht niemand.

Der Grund hierfür ist einfach. Die Künstler haben – weil sie es mussten – in aller Regel (auch) die Rechte für die Internetauswertung abgetreten und dies in der Regel, ohne dafür zusätzlich vergütet worden zu sein. Aus unserer Sicht ist es daher unerlässlich, dem Künstler für alle zusätzlichen Verwertungen und insbesondere der Internetverwertung einen gesetzlichen, nicht abtretbaren Anspruch auf eine angemessene Vergütung zuzusprechen. Dies könnte beispielsweise mit einer Art Geräteabgabe (pro Internetanschluss, abhängig von der Übertragungsrate) realisiert werden. Zudem ist es erforderlich, dass die unbefugte Nutzung von künstlerischen Werken im Internet effektiv in Grenzen gehalten wird und die Werke und Darbietungen legal (z.B. auf Bezahlplattformen) angeboten werden. Von dem bestehenden »Abmahnwesen« profitieren nur Anwälte, den Künstlern ist damit nicht geholfen. Vielmehr schadet es ihnen, da es die Beziehung zu seinem Publikum belastet.

Aber noch etwas kann der Gesetzgeber im Bereich der angemessenen Vergütung für Künstler tun. Die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten und die Filmförderungseinrichtungen sind ganz maßgeblich an der überwiegenden Anzahl aller Projekte beteiligt und oft führen Tochterunternehmen dieser Sender diese Projekte dann auch aus. Es wäre ein Leichtes, über die öffentlich-rechtlichen Sender bzw. die Vergaberichtlinien der entsprechenden Fördereinrichtungen sicherzustellen, dass in Auftragsproduktionen und Produktionen, die mit öffentlichen Geldern gefördert werden, auch die Künstler und Interpreten angemessen entlohnt und mittels Wiederholungshonorarverträgen angemessen an der Auswertung der Werke beteiligt werden. Es ist aus Sicht der betroffenen Künstler äußerst unerfreulich, wenn die öffentlich-rechtlichen Sender den hausinternen Gagenrahmen und die in den Haustarifverträgen vorgesehenen Wiederholungshonorarverträge durch Beauftragung zum Beispiel ihrer eigenen Tochterunternehmen umgehen.

Wenn man dann noch mit ansehen muss, zu welchen Preisen Sportrechte eingekauft werden, so kann man schon auf den Gedanken kommen, von den Sendeanstalten so etwas wie eine



Der Philosoph und Soziologe
Oskar Negt erhielt den ersten
August-Bebel-Preis, der von
Günter Grass gestiftet wurde.

»Kulturquote« zu verlangen, die vorsieht, dass ein bestimmter Anteil der Ausgaben der Sendeanstalten für fiktionale Programme bzw. künstlerische Produktionen auszugeben ist.

Erheblich größer aber sind die Unzulänglichkeiten im Bereich der sozialen Absicherung. Die Künstlersozialkasse ist für den selbständigen Künstler im Prinzip eine segensreiche Einrichtung. An ihr muss unbedingt festgehalten und ihre Einnahmesituation muss – nicht zuletzt durch effektive Einziehung der entsprechenden Abgabe – gesichert werden. In Bezug auf die Künstler mit geringen Einnahmen muss jedoch noch unbedingt sicher gestellt werden, dass auch diese ausreichend Rentenansparungen erwerben können, um der sonst zwangsläufigen Altersarmut bei dieser Personengruppe zu entgegen.

Eine entsprechende Einrichtung, wie die Künstlersozialkasse für Selbständige gibt es für nichtselbständige Künstler leider noch nicht. Es gibt aber (und das schon lange!) gesetzliche Regelungen, die bei freischaffenden Beschäftigten (und damit auch freischaffenden Künstlern und insbesondere Medienschaffenden), den speziellen Gegebenheiten der (meist sehr kurzzeitigen) Beschäftigungsverhältnissen Rechnung tragen und so einen sozialen Mindeststandard gewähren sollen. Dazu ist es auch nicht nötig, das gesamte System umzubauen, es genügt diese gesetzlichen Regeln wieder konsequent anzuwenden und lediglich um den Aspekt der Arbeitslosenversicherung zu erweitern. Diese gesetzlichen Regelungen für die so genannten »unständigen Beschäftigungsverhältnisse« sehen also vor, dass die Monatsbemessungsgrenze (und nicht die sonst übliche Tagesbemessungsgrenze) anzuwenden ist. Diese Bestimmung bewirkt, beispielsweise im Bereich der Rentenversicherung, bei einem Schauspieler, der an zwei Drehtagen eines Monats zusammen 3 000 Euro verdient, dass die gesamten 3 000 Euro der Versicherungspflicht unterliegen. Dieser Schauspieler wird im Ergebnis also einem normalen Beschäftigten gleichgestellt, der diesen Betrag im Monat verdient. Diese Vorgehensweise ist angemessen, da ein jeder ja nach seiner Leistungsfähigkeit Beiträge zur Sozialversicherung entrichten soll. Zudem stellt diese Vorgehensweise sicher, dass der Schauspieler adäquate Rentenansprüche erwerben kann, da jeweils der ganze Monat gewertet wird.

Im Bereich der Krankenversicherung gilt für die unständig Beschäftigten die Sonderregelung, dass ihre Mitgliedschaft bei ihrer jeweiligen Krankenkasse (beitragsfrei) bis zu drei Wochen weiter erhalten bleibt. Dies ist wegen der typischerweise auftretenden beschäftigungsfreien Zeiten unbedingt notwendig, um auch in diesen Zeiten den vollständigen Anspruch auf die Leistungen aus der Krankenversicherung aufrecht zu erhalten.

In der Arbeitslosenversicherung sind unständig Beschäftigte versicherungsfrei, da sie wegen ihrer tageweisen bzw. kurzzeitigen Beschäftigungsverhältnisse keine Möglichkeit haben, die anspruchsbegründenden Anwartschaftszeiten zu erfüllen. Diese Regelungen sind, (mit Ausnahme der zunächst als konsequent anzusehenden Versicherungsfreiheit in der Arbeitslosenversicherung,) als adäquat anzusehen – gerade für die in prekären Arbeitsverhältnissen stehenden Künstler, da sie weitgehend einen durchgehenden Versicherungsschutz gewährleisten und sich die Beitragshöhe zur Sozialversicherung nach den oft schwankenden Einnahmeverhält-

nissen richtet. So verlängert sich die Mitgliedschaft in der Krankenversicherung auch dann um drei Wochen, wenn an dem entsprechenden Arbeitstag nur ein geringes Honorar anfällt.

Die Probleme in der Praxis bei der Akzeptanz dieser Regelungen mögen auf Arbeitgeberseite darin liegen, dass die Beiträge zur Sozialversicherung höher sind, als dies bei tageweiser Abrechnung der Fall ist. Auf Arbeitnehmerseite herrscht oft Unkenntnis und es wird die fehlende Absicherung im Bereich der Arbeitslosenversicherung beklagt. (Die Regelungen berücksichtigen ja aber nur, dass unständig Beschäftigte in aller Regel niemals genügend Anwartschaftszeiten erwerben können, um eine Anwartschaft auf Arbeitslosengeld I zu begründen. Entsprechend wurden sie vom Gesetzgeber beitragsfrei gestellt.)

Nun hat man vor einiger Zeit versucht, Beschäftigten mit überwiegend kurzzeitigen Arbeitsverhältnissen mittels verkürzter Rahmenfrist Anwartschaften auf Arbeitslosengeld I zu ermöglichen. Dies ist weitgehend gescheitert, da die Verknüpfung der Beschäftigungszeit mit dem erzielten erlaubten Arbeitseinkommen die meisten beschäftigten Künstler und Filmschaffenden zwangsweise ausschließt.

Dieses Prinzip lässt sich wiederum an einem Schauspieler mit der (durchschnittlichen) Tagesgage von 2 000 Euro veranschaulichen: War er in den vergangenen beiden Jahren an 180 Tagen beschäftigt, so hätte er in dieser Zeit 360 000 Euro verdient und damit weit mehr als die 30 240 Euro, die er in den vorangegangenen zwölf Monaten nur verdient haben dürfte. Bliebe er aber mit seinem Verdienst unterhalb dieser Höchstgrenze, so wäre er bestenfalls an 15 Tagen beschäftigt gewesen und bliebe somit weit unter der geforderten Anwartschaftszeit.

Man kann an diesem Beispiel leicht erkennen, dass der sicher gut gemeinte Ansatz, auch diese Personengruppe in die Arbeitslosenversicherung mit einzubinden, nicht durch Drehen an ein paar Stellschrauben zu erreichen ist. Alle »Hinzurechnungsmodelle« – wie beispielsweise das Schweizer Modell oder die Hinzurechnung einzelner, fiktiver Beschäftigungstage – sind prinzipiell nicht geeignet, denjenigen Künstlern Arbeitslosengeld I zuzugestehen, die am allermeisten darauf angewiesen wären.

Erreichen kann man dieses Ziel nur, wenn man die Regelungen für unständig Beschäftigte, wie eben erwähnt, konsistent um den Bereich der Arbeitslosenversicherung erweitert, also auch in diesem Bereich die Monatsbemessungsgrenze etabliert und als Konsequenz den Anspruch auf Arbeitslosengeld die ersten drei Wochen nach dem letzten Arbeitstag ruhen lässt.

Was das Krankengeld angeht, so muss – um eine mit dem normalen Beschäftigten vergleichbare Absicherung bei Krankheit zu erreichen – schnellstmöglich zu der bis zum 31. Dezember 2008 geltenden Regelung zurückgekehrt werden, wonach denjenigen, die keinen Anspruch auf Entgeltfortzahlung haben, Krankengeld ab dem ersten Krankheitstag zugestanden wird.

Ein festangestellter Beschäftigter ist durchgehend und ohne Zusatzkosten zunächst über das



Aufmerksamkeit für die Kultur: Sigmar Gabriel und Günter Grass (am Rande der Lesung von »Grimms Wörter« im Willy-Brandt-Haus)



Schauspieler engagieren sich: Leonard Lansink im Bundesverband der Film- und Fernsehchauspieler (BFFS)

Entgeltfortzahlungsgesetz und dann über den Bezug von Krankengeld abgesichert, wogegen ein »freier« Beschäftigter ohne festen Arbeitsplatz weder Anspruch auf Entgeltfortzahlung hat, noch Krankengeld erhält. Die Zusatzkosten für entsprechende Wahltarife sind gerade bei Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen kaum finanzierbar und gestehen den Anspruch auf Krankengeld frühestens ab dem 21. Krankheitstag zu. Dies ist völlig unzureichend.

Mir ist selbstverständlich bewusst, wie schwer es ist, unsere oft merkwürdig anmutende Arbeitswelt zu vermitteln, da sie bei jedem Künstler verschieden ist und sich fast jeden Tag ändert oder ändern kann. Sie verläuft in wenig geordneten und vorhersehbaren Bahnen. Der Künstler selbst ist meist überfordert, so etwas wie eine angemessene Vergütung für sein Werk oder seine Darbietung zu bestimmen, geschweige denn, diese auch durchzusetzen – seine Marktmacht ist da in der Regel sehr begrenzt. Wenigstens die öffentliche Hand sollte dieses Dilemma nicht dazu nutzen, durch »Outsourcing« und ähnliche Verhaltensweisen die Zahlung dieser angemessenen



Wichtig ist der Diskurs, auch wenn es mal nur eine Männerrunde ist: Siegmund Ehrmann, Jörg Stüdemann, Norbert Klein, Heiko Maas, Burkhard Jellonek beim Kulturforum der Sozialdemokratie Saarland e.V.

Vergütung und die Anwendung der Haustarifverträge zu umgehen. Vielmehr sollte sie darum bemüht sein, im Rahmen ihrer Möglichkeiten sicherzustellen, dass die Künstler und Interpreten immer dann angemessenen vergütet werden, wenn sie in Projekten beschäftigt sind, für die öffentliche Gelder, bzw. Gebühren aufgewendet werden.

Ein Künstler ist darauf angewiesen, dass der Gesetzgeber auch für seine besondere Arbeitswelt adäquate Regelungen findet und für die Einhaltung derselben Sorge trägt. Vielleicht wäre tatsächlich eine spezielle Einrichtung –

vergleichbar in etwa mit der Künstlersozialkasse und/oder einer Standesvertretung wie der Ärztekammer – auch im Bereich für nichtselbständige beschäftigte Künstler hilfreich, die soziale Absicherung dieser Personengruppe zu gewährleisten.

Ich appelliere daher an Sie, sich unsere Arbeitswelt sehr genau anzusehen und dafür den Rahmen zu schaffen, der es uns Künstlern erlaubt, sich weitgehend der Schaffung von Kunst zu widmen. Dies setzt auf die Dauer eine angemessene Entlohnung, die angemessene Beteiligung an den Verwertungen sowie eine halbwegs gesicherte soziale Absicherung voraus. Kunst hat einen dauerhaften finanziellen (61 Milliarden im Jahr, wie wir eben gehört haben!) und einen hohen gesellschaftlichen Wert.

Vergessen wir nicht, Kunst wird von Künstlern geschaffen, nicht von denen, die die Rechte an ihr erworben haben oder von denen, die diese Kunst verwerten. In diesem Sinne wünsche ich der SPD viel Erfolg bei der Gestaltung des Kreativpakts und hoffe für alle Künstler, dass das Werk mutig und entschlossen in Angriff genommen wird und die angestrebten Ziele auch erreicht werden.

Uwe Fachinger

»Der arme Poet« aus Sicht der ökonomischen Wissenschaften

Das Bild des armen Poeten kennzeichnet die Situation der in der Kreativwirtschaft Tätigen. So ist bekannt, dass die Einkommenssituation der selbstständig Erwerbstätigen in der Kreativwirtschaft häufig prekär ist. Dies ist allerdings lediglich eine relevante Dimension zur Charakterisierung der materiellen Situation von Individuen bzw. von Haushalten aus sozialpolitischer Sicht. Wenn es um die soziale Absicherung dieser Erwerbstätigen geht, ist neben der Situation der oftmals problematischen Erwerbstätigkeit und Einkommenslage auf zwei weitere Aspekte zu verweisen: die Vorsorgebereitschaft und das Finanzwissen.

So ist nicht nur die Einkommenssituation und damit die Fähigkeit vorzusorgen, sondern auch die Bereitschaft zur Vorsorge relevant. Selbst bei hohen Einkommen, d.h. bei einer entsprechenden Vorsorgefähigkeit, erfolgt nicht immer eine entsprechende Vorsorge. Man kann selbst bei einer Versicherungspflicht, wie bei der Kranken- und Pflegeversicherung in Deutschland, feststellen, dass Personen der Versicherungspflicht nicht nachkommen. Dafür gibt es mehrere Gründe. Ein Grund ist, dass mit der Versicherung eine finanzielle Belastung einhergeht, die man vermeiden möchte, um das Geld für den Erwerb von Produkten zu verwenden, die einem wichtiger erscheinen. Man weicht der finanziellen Belastung aus. Ein weiterer Grund ist, dass Personen die eigenen Bedürfnisse und damit die Höhe des in der Zukunft erforderlichen Einkommens geringer einschätzen, als die aktuellen und daher die Bedeutung der Vorsorge unterschätzen. Das ist speziell dann der Fall, wenn zwischen dem Ansparen und Entsparen ein großer Zeitraum liegt, und betrifft daher besonders die Altersvorsorge und die Pflegeversicherung; bei der Krankenversicherung ist die Vorsorgebereitschaft deutlich höher.

Ein weiterer Aspekt zur Problematik der sozialen Absicherung von Erwerbstätigen in der Kreativwirtschaft, der relativ wenig Beachtung findet und auf den hinzuweisen ist, ist die sogenannte »financial literacy«, d.h. die ökonomische Grundbildung bzw. das Finanzwissen, das zur adäquaten Vorsorge vorhanden sein müsste. Zwar ist die Kenntnis über die Funktionsweise von Systemen sozialer Absicherung relevant, es ist angesichts der Finanzkrisen aber darauf zu verweisen, dass selbst Expertenwissen im Vorfeld und im Umgang mit derartigen Krisen relativ bedeutungslos war. Der einzelne ist gegenüber derartigen massiven Verwerfungen des Kapitalmarktes im Prinzip machtlos. Daher betrifft dies insbesondere die Privatabsicherung. Die staatlichen Systeme der sozialen Sicherung in Deutschland wurden von den Finanzkrisen aufgrund ihres Konstruktionsprinzips der Finanzierung demgegenüber relativ wenig betroffen.

Des Weiteren bedingt die soziale Absicherung von in der Kreativwirtschaft Erwerbstätigen spezifische Anforderungen an die Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Verteilungspolitik. In der Wissenschaft ist die Kenntnis über die Instrumente und Maßnahmen der sozialen Ab-



Prof. Dr. Uwe Fachinger, Universität Vechta

sicherung sowie deren Wirkungen prinzipiell weit fortgeschritten. Zur Umsetzung mangelt es in vielen Bereichen aber an konkreten Zielvorgaben. Ohne konkrete Zielvorgaben können keine zielgerichteten Maßnahmen ergriffen werden. Da Begriffe wie Armutsvermeidung, Existenzsicherung oder Lebensstandardsicherung in der Politik unspezifisch formuliert werden, gibt es recht wenig Orientierung und Handhabe zur entsprechenden Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme. So ist bedeutsam, wie hoch beispielsweise das Sicherungsniveau oder ein Beitragssatz sein soll oder in welchem Umfang Arbeitgeber oder Arbeitnehmer belastet werden sollen. Eine Ausnahme hiervon bildet beispielsweise die Festlegung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von **23 v.H. für das Jahr 2030.**

»Auch mir war zunächst nicht klar, ... dass sich hinter modischen und marktgängigen Selbstbenennungen wie Ich-AG, Freelancer oder Micropreneur im Wesentlichen Wanderarbeiterschicksale und Tagelöhnerie verbergen würden.«
Lebensbericht aus der jungen prekären Kreativwirtschaft von Katja Kullmann (Echtleben. Warum es so kompliziert ist, eine Haltung zu bewahren, Frankfurt a.M. 2011)

Ein weiterer Gesichtspunkt, der im Zusammenhang mit der Vorsorgebereitschaft zu beachten ist, ist der Aspekt des Vertrauens. Speziell bei zeitlich hohem Abstand bzw. einer langen Ansparphase muss eine Person, die vorsorgen soll, auch Vertrauen in die Sicherheit ihrer Vorsorge haben. Allerdings besteht derzeit weder gegenüber den privaten Sicherungssystemen, u. a. aufgrund der Finanzkrisen, noch gegenüber den staatlichen Sicherungssystemen, u.a. aufgrund der seit der Jahrtausendwende ergriffenen Maßnahmen, ein entsprechendes Vertrauen.

Als letzter Punkt hinsichtlich der Anforderungen an die Politik sei auf die Notwendigkeit einer ganzheitlichen Sichtweise hingewiesen. Es reicht nicht aus, den Blick nur auf spezifische Gruppen oder Problembereiche zu fokussieren. Das System der sozialen Sicherung in Deutschland ist extrem interdependent, d.h., wenn in *einem* System eine Veränderung vorgenommen wird, hat das in der Regel direkte und indirekte Auswirkungen – u.a. über die Verknüpfung der Finanzströme – auf viele *andere*. Wenn an Lösungen gearbeitet und über Lösungen diskutiert wird, ist dieser komplexe Zusammenhang zu beachten.

Tim Renner

Wir brauchen einen Kreativpakt!

Wovon reden wir? Wir reden von einem Boom, der gute und negative Seiten hat. Dieser Boom ist verursacht durch ein ganz normales wirtschaftliches Phänomen, dem Zusammenspiel von drei Faktoren. In der Digitalisierung trifft der Wunsch seitens der Konsumenten auf einen Veränderungsdruck von außen und die Möglichkeit einer technischen Umsetzung.

Der Wunsch ist der Wunsch nach Selbstverwirklichung, ist der Wunsch nach Individualität. Dieser Wunsch ist für keinen Betriebswirtschaftler überraschend, er ist Lehrinhalt im Betriebswirtschaftsproseminar: Maslows Bedürfnispyramide kommt zum Tragen. Die fängt – ganz kurz zusammengefasst – damit an, dass man als Grundlage des Lebens zuerst das eigene Überleben sichern will, danach kommt die Fortpflanzung und somit die Sexualität, dann kommt die Sicherung der Brut

und die soziale Anerkennung und dann nach drei weiteren Stufen kommt zum Schluss als höchste Stufe der menschlichen Entwicklung in einem Wohlstandsstaat die Individualisierung, das Begreifen, das Ausarbeiten der eigenen Selbstständigkeit, der eigenen Unabhängigkeit. Und womit kann man das besser als mit kreativem Ausdruck? Womit kann man das besser als damit, dass man irgendwas gestaltet, mitgestaltet? Das ist ein tiefstzender Wunsch in Wohlstandsgesellschaften.

Auf der anderen Seite haben wir eine Welt, wo Arbeitskraft globalisiert wird, wo ich plötzlich einem Weltmarkt ausgesetzt bin, in dem ich eine Tätigkeit vollbringe, die ein anderer Mensch irgendwo auch genauso erbringen könnte. Das ist der äußere Druck, dem sich viele ausgesetzt sehen. Es liegt nahe, sich im Wettbewerb auf das zu konzentrieren, wo man ein Alleinstellungsmerkmal wähnt. Die eigene Kreativität, die Entwicklung einer Idee ist so ein Alleinstellungsmerkmal. Vielleicht hat sie nur hier Gültigkeit, aber ich entziehe mich als Produzent damit dem Druck des Weltmarkts. Und wer den Weltmarkt angehen will, kann dies mit Ideen welche die eigene, kulturelle Bildung als Grundlage haben, auch unter verminderten Wettbewerbsdruck tun. Ein Song aus Berlin klingt anders als einer aus Guangdong und ein Buch aus dem bayrischen Wald liest sich anders als ein Werk aus Mumbai.

Und plötzlich kommt dann so etwas in unsere Hände wie Computer, Laptops, das Internet, also die Möglichkeit für jeden, selbst Mediengestalter zu werden, selbst kreativ zu werden. Das ist die Möglichkeit zur technischen Umsetzung, von der ich sprach. Jeder von uns kann sich als Autor betätigen, morgen veröffentlichen, distribuieren, kommunizieren. Das ist eine gigantische Demokratisierung und die betrifft nicht nur das Wort, das betrifft auch die Darstellung. Jeder kann plötzlich bei YouTube Programmdirektor werden oder Programmschaffender sein. Und natürlich geht das auch im Bereich der Musik. Jeder kann mithilfe eines Laptops und ein bisschen Software eine gut klingende Platte aufnehmen. An sich ist das eine hervorragende Entwicklung. Wir haben Menschen, die sich selbst ausdrücken wollen und wir haben die Möglichkeit, dass sie es können, dass sie nicht abhängig sind von enormen Ressourcen, dass sie nicht abhängig sind von industriellen Komplexen, die ihnen eigentlich nur die Rechte wegnehmen wollen, sondern dass sie das selbst durchziehen können.

An sich eine tolle Nachricht, wäre da nicht ein weiteres Proseminar-Phänomen, wenn alle es plötzlich machen, entsteht ein unglaublicher Wettbewerb. Und dieser unglaubliche Wettbewerb führt dazu, dass nicht nur die **2000** Euro, von denen Frau Wanka sprach, potentiell sinken, denn je mehr Menschen anbieten, desto mehr wird der Preisbrecher genommen werden, sondern dass die Wahrscheinlichkeit, dass man diese zehn Tage voll bekommt, auch immer geringer wird, weil sich doch immer mehr Menschen um diese zehn Tage drängeln. Wir haben also einen Doppeleffekt. Und dieser Doppeleffekt, wie jede Situation, die ich im Markt habe, wenn sich Sachen extrem beginnen zu verzerren oder zu verschärfen, bedarf dann schon eines Eingreifens, eines Eingreifens der Politik, eines Eingreifens aber auch im Selbstverständnis von uns Bürgern.



Tim Renner,
Geschäftsführer Motor
Entertainment GmbH,
Kreativpakt AG

Wir haben uns deshalb zusammengesetzt vor eineinhalb Jahren und versucht, etwas zu formulieren wie einen Kreativpakt, dessen Inhalte Sie hier ganz häufig gehört haben in dem, was Frau Wanka zitiert oder ausgearbeitet hat. Das war eine bunt gemischte Truppe von Filmregisseuren, Literaten, Schauspielern, Werbern und eben auch Leuten wie ich, die versucht haben, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Den haben wir ganz klar darin gesehen, dass wir dringenden Handlungsbedarf haben, was die Entlohnung angeht, dass es nicht angehen kann, dass wir hier ganz weit von Mindestlöhnen entfernt sind und das besonders dann ganz häufig, wenn Staat, wenn staatliche Organe mit im Spiel sind. Wir haben eine positive Entwicklung, dass plötzlich Spartenkanäle entstehen, wie ZDF-Kultur, die Sachen aufnehmen, die sonst im Öffentlich-Rechtlichen gar nicht stattfinden. Aber wir haben auch den Nachteil, dass diese dann alle keinen Etat haben und Menschen, die für sie arbeiten, dazu zwingen, für nahezu null ouvert zu arbeiten. Selbst meine Firma hat gerade eine Produktion möglich gemacht, wo wir draufgelegt haben, damit es die Sendung überhaupt geben kann. Es kann nicht angehen, dass im Endeffekt hier die Löhne an sich durch eine staatliche Seite so gedrückt werden. Wir haben eine Situation, wo die Produzenten kaum Möglichkeiten haben, ihre Rechte im Internet wirklich zu nutzen, weil sie häufig von Oligopolen umgeben sind, die sich nicht einigen können oder Vertretungsorganisationen haben wie die GEMA im Bereich Musik, die sich einfach nicht einigen kann auf Auswertungsformen, wo der Staat zumindest als Moderator, als Mediator gefragt wäre. *Der Staat ist dringend gefragt im Bereich Ausbildung.* Wir freuen uns in Berlin, dass wir **223 000** Menschen haben, die zur Kreativwirtschaft gehören, dass das **15** Prozent der Wertschöpfung ist, die Berlin hat. Berlin ist ein Beispiel für die ganze Bundesrepublik. Vieles, was hier passiert, passiert später dann auch in der Fläche, aber von diesen **223 000** sind **72 000** solo-selbstständig. Und diese Menschen haben das nie gelernt, solo-selbstständig zu sein. Wir lernen alles Mögliche in der Schule, wir lernen aber nicht Betriebswirtschaft und wie man damit umgeht, selbstständig zu sein. Das System sieht gar nicht vor, uns auf Selbstständigkeit auszubilden. Und beipflichten möchte ich der Künstlerin, die Andrea Nahles zitiert hat, die gesagt hat, bringt uns bitte im Bereich Kunst auch Betriebswirtschaft bei. Sie nannte es »lernt uns Kapitalismus«. Und letztlich gehört natürlich auch eine Absicherung dazu. Wir haben ein Absicherungssystem, was ein Selbstverständnis hat von einem Selbstständigen und einem Unternehmer, das stammt aus Bismarcks Zeiten und hat nichts, aber auch gar nichts mit dem zu tun, was die Realität von kreativen Selbstständigen ist. Es ist völlig absurd auch zum anderen, dass Menschen (wie ich), die dann Firmen führen, die zum Glück ganz gut funktionieren und ein bisschen größer sind, dass die keine Rentenversicherung zahlen müssen. Wo unsere Generation im Umkehrschluss genauso weiß, dass wir alle – also mein Alter – nur eine Art Sozialrente bekommen können, weil es zu viele von uns gibt. Aber wieso nimmt man mich dann bitte aus? Aber im Umkehrschluss muss man andere Leute genauso einbinden, Einbindungsmechanismen finden, wo ja auch schon viele Beispiele genannt wurden. Aus diesen ganzen Gründen, weil wir da eine gigantische



Untergegangene Kreativität?
Pinselfabrik

Welle haben, die sich wirklich aus Wunsch, aus Druck und aus Möglichkeit speist, deshalb brauchen wir dringend ein Umdenken, deshalb brauchen wir einen Kreativpakt!

Johannes Jakob

Soziale Sicherung für Selbstständige

In den letzten **30** Jahren ist die Arbeitswelt einem gewaltigen Wandel unterworfen. Dadurch hat sich nicht nur die Situation der abhängig Beschäftigten geändert, sondern auch die Situation der Selbstständigen. Der Selbstständige ist heute nicht mehr nur der Unternehmer (mit mehreren Angestellten) sondern häufig auch ein Soloselbstständiger, andere sagen auch Arbeitskraftunternehmen. Insgesamt versuchen **2,3** Mio. Personen auf diese Weise ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Doch die soziale Sicherung ist auf die Situation der Soloselbstständigen nicht zugeschnitten. Anders als in anderen europäischen Ländern gibt es in Deutschland keine Grundsicherungssysteme worauf aufbauend eine soziale Sicherung deutlich einfacher möglich wäre. Die soziale Sicherung muss also vom weit überwiegenden Teil der Soloselbstständigen vollständig allein finanziert werden. Andererseits ist die soziale Sicherung in Deutschland an die Arbeit gebunden. Dies gilt für abhängig Beschäftigte, deren Kosten für die soziale Sicherung als Lohnnebenkosten bzw. Abzüge vom Einkommen finanziert werden, ebenso für Selbstständige, die ihre soziale Sicherung aus dem erwirtschafteten Einkommen bestreiten müssen.

Das Problem ist allerdings, dass gerade Soloselbstständige vielfach keine auskömmlichen Einkommen erreichen und deswegen an der sozialen Sicherung sparen müssen, weil sie sich diese schlichtweg nicht leisten können. Die Einkommen der Selbstständigen spreizen enorm. Es gibt Wenige, die sehr gut verdienen, aber eine relativ große Gruppe von Selbstständigen, deren Einkommen deutlich unter dem Durchschnittseinkommen liegt. Das Medianeinkommen der Selbstständigen liegt bei rd. **14 000** Euro im Jahr, während das der abhängig Beschäftigten bei **22 400** Euro im Jahr liegt. Rund **100 000** verdienen sogar so wenig, dass ihre Einkommen mit Hartz IV aufgestockt werden muss.

Ähnlich prekär ist die Lage der Künstler. So werden die Jahresdurchschnittseinkommen, die bei der Künstlersozialkasse verbeitragt werden, mit **13 700** Euro angegeben. Bei den Berufsanfängern liegt das Einkommen sogar nur bei **11 000** Euro.

Ursache für diese Entwicklung ist, dass die Auftraggeber versuchen, zunehmend Risiken auf die Selbstständigen zu verlagern, aber auch die Zahl der Marktteilnehmer (auch aufgrund der ansonsten bescheidenen Aussichten auf dem Arbeitsmarkt) deutlich größer geworden ist. Während vor rd. **30** Jahren noch **80** Prozent der Musiker fest angestellt waren, sind es heute weniger

Zum Weiterlesen ...

Tim Renner, Kai-Hinrich Renner:
Digital ist besser. Warum das Abendland auch durch das Internet nicht untergehen wird, Frankfurt a.M. 2011



Johannes Jakob,
Deutscher Gewerkschaftsbund

als 50 Prozent. Bei anderen Künstlern sieht es nicht besser aus, soweit sie nicht ohnehin in der Regel selbstständig arbeiten.

Doch die Entwicklung geht weiter. Musiklehrer, Journalisten, Dozenten, die früher in der Regel fest angestellt waren, arbeiten heute häufig freiberuflich, weil es keine Festanstellungen mehr gibt. Die Interessen und Probleme dieser verschiedenen Gruppen sind höchst unterschiedlich. Deswegen ist eine einheitliche Interessenvertretung schwierig, wenn nicht gar unmöglich.

Dies hat zur Folge, dass diesen Gruppen eine Lobby- oder Organisationsmacht fehlt, um ihre Interessen durchzusetzen. Vielfach werden nur Hungerentgelte bezahlt, leider auch von Stellen, die staatlich beeinflusst sind. So wurde etwa für Dozenten in Integrationsmaßnahmen ein Stundensatz von 15 Euro pro Unterrichtsstunde festgelegt, der nicht selten von den Bildungsträgern noch unterlaufen wird. Darin enthalten ist bereits die Vorbereitungszeit und von diesem Einkommen muss die soziale Sicherung und die Steuer gezahlt werden.

Es ist nachvollziehbar, dass die daraus abgeleitete soziale Sicherung ebenfalls nur prekär sein kann. Eine schon etwas ältere Untersuchung des IMU-Instituts fand heraus, dass 22 Prozent der befragten Kultur- und Medienschaffenden über keinerlei Renten- und Lebensversicherung oder Vermögen verfügen. Forscher gehen davon aus, dass mindestens 12 Prozent aller Selbstständigen keine ausreichende Alterssicherung haben. Erschwert wird das Problem dadurch, dass immer öfter verschiedene Erwerbsformen kombiniert werden müssen. So wird die selbstständige Tätigkeit häufig abwechselnd ausgeübt mit abhängiger Beschäftigung, zwischenzeitlicher Arbeitslosigkeit – oft auch parallel gleichzeitig.

Während in den alten »verkammerten« Berufen, mit Hilfe des Staates, Strukturen geschaffen wurden, die auskömmliche Einkommen und eine angemessene soziale Sicherung versprechen, werden die neuen Selbstständigen vom Gesetzgeber weitgehend im Regen stehen gelassen. Während für die alten Berufe z.B. Honorarordnungen gelten, dürfen die neuen Selbstständigen noch nicht einmal Preisabsprachen treffen, weil dies gegen das Kartellrecht verstößt.

Eine Ausnahme bietet der § 12a des Tarifvertragsgesetzes für sog. arbeitnehmerähnliche Freie. Arbeitnehmerähnliche Freie sind Selbstständige, die die Hälfte ihres Einkommens (im Medienbereich zu einem Drittel) bei einem Auftraggeber verdienen. Diese Personen gelten als wirtschaftlich abhängig und sozial schutzbedürftig – Gewerkschaften dürfen deswegen Kollektivvereinbarungen für sie abschließen. Derartige Tarifverträge gibt es – allerdings mit unterschiedlichem Sicherungsniveau – bei öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten sowie für Design und freie Journalisten an Tageszeitungen, dort aber längst nicht flächendeckend.

Es wird deutlich, dass bei der sozialen Sicherung der Selbstständigen Handlungsbedarf besteht. Aus Sicht der Gewerkschaften muss auch aus Wettbewerbsgründen daran festgehalten werden, dass auch bei Selbstständigen die soziale Sicherung aus Arbeitseinkommen finanziert werden muss. Davon kann nur in einem sehr ein-

gegrenzten Bereich, wie z.B. bei der Künstlersozialkasse abgewichen werden, wenn – wie in diesem Fall – ein öffentliches Interesse an den Ergebnissen der Arbeit besteht.

Die Verbesserung der sozialen Sicherung muss an zwei Punkten ansetzen.

Erstens müssen für die Selbstständigen Strukturen geschaffen werden, dass sie auch angemessene Honorare für ihre Arbeit durchsetzen können.

Zweitens muss die soziale Sicherung so umgebaut werden, dass auch gering verdienende Selbstständige ausreichend abgesichert sind.

Aus **Sicht der Gewerkschaften** ergeben sich folgende Ansatzpunkte:

1. Durchsetzung des Arbeitnehmerstatus, wenn tatsächlich eine abhängige Beschäftigung vorliegt. Die Gewerkschaften schlagen vor, dass das Statusfeststellungsverfahren von Amts wegen erfolgt, auch z.B. auf anonyme Anzeige. Durch das derzeitige Verfahren können abhängige Selbstständige unter Druck gesetzt werden, auf ein Statusfeststellungsverfahren zu verzichten, indem ihnen gedroht wird, die Aufträge ansonsten zu beenden. Durch Klärung des Status können viele Selbstständige in das System der Sozialen Sicherung eingebunden werden.
 2. Für Künstler reicht dies allein nicht aus. Hier muss darüber nachgedacht werden, dass über Branchensysteme die Einkommen stabilisiert werden. So können zum Beispiel in Branchen, in denen kurzfristig hohe Honorare anfallen, diese über einen längeren Zeitraum gestreckt werden, so dass die Soziale Sicherung bestehen bleibt.
 3. Es kann nicht hingenommen werden, dass über die Auslagerung von Arbeit die Risiken weitgehend privatisiert werden und gleichzeitig auch die Honorare auf ein Minimum gedrückt werden. Deswegen sollte auch – wo möglich – über staatlich festgesetzte Mindesthonorare nachgedacht werden. Dies wäre analog des gesetzlichen Mindestlohnes. Dies Modell gibt es z.B. in Österreich im Bereich der Weiterbildung.
 4. Für alle Bereiche, in denen Soloselbstständige tätig sind, muss die Zulassung von Kollektivvereinbarungen ermöglicht werden. In den Kollektivvereinbarungen werden gleichzeitig Mindesthonorare für die entsprechenden Tätigkeiten festgesetzt.
 5. Gleichzeitig müssen Selbstständige sich besser organisieren, damit diese Kollektivvereinbarungen auch zustande kommen. Hierfür bieten die Gewerkschaften aber auch ev. Branchenverbände eine Möglichkeit.
- Selbstständige können sich in den Gewerkschaften organisieren und so ihre Interessen bündeln. Die Gewerkschaften des DGB treten mit unterschiedlicher Ausprägung auch für die Interessen von Selbstständigen ein. So sind z.B. in der Gewerkschaft ver.di bereits 30 000 Selbstständige organisiert. Gleichfalls hat ver.di Kollektivvereinbarungen, z.B. mit den großen Rundfunkanstalten und einigen Zeitungsverlagen. Diese Bemühungen müssen auch auf andere Gruppen von Selbstständigen ausgeweitet werden. Die meisten Soloselbstständigen sind genauso schutzbedürftig, wie abhängig Beschäftigte.
6. Die soziale Sicherung muss den Bedürfnissen von Selbstständigen entgegenkommen. Eine



»Vernetzung in Gewerkschaften und Branchenverbänden«

»Berichte«

Stets gab es ein rettendes Seil
über dem Abgrund

oder einen Bericht
über ein rettendes Seil
über dem Abgrund

oder die glaubhafte Weitergabe
eines Berichtes
über ein rettendes Seil
über dem Abgrund

nie gab es einen Bericht
über den Abgrund

immer gab es die Hoffnung.

Karl-Friedrich Reinhardt

Ausweitung des Modells der Künstlersozialkasse auf alle Selbstständigen ist keine Lösung und würde die Künstlersozialkasse wahrscheinlich gefährden. Die Einbringung von Steuergeldern ist nur in einem eng gehaltenen Rahmen vertretbar.

Dennoch sollte die Idee der Auftraggeberabgabe auch für andere Selbstständige übernommen werden. Die Gewerkschaften schlagen vor, zumindest für die Kranken- und Rentenversicherung die Auftraggeber durch eine Umlage auf die Honorare an den Kosten zu beteiligen. Dies soll zumindest immer dann gelten, wenn die Auftraggeber selbst Unternehmen oder staatliche Stellen sind. Bei Privatkunden ist das Verfahren zu aufwändig, in diesem Fall muss die soziale Sicherung weiterhin im Preis einkalkuliert werden. Die Auftraggeberabgabe würde die Attraktivität der Rentenversicherung für Selbstständige enorm erhöhen, weil sie nur einen Teil des Beitrags selbst aus den Honoraren finanzieren müssen, während der andere Teil aus der Abgabe finanziert wird.



»Pop meets politics«
2011: Die Band »Berge«
aus Berlin. Nachwuchsförderung und Rentenversicherung. Die Itzehoer Versicherung ermöglicht
»Pop meets politics«

Gegen die Auftraggeberabgabe wird eingewandt, dass dies zu einer Senkung der Honorare führen könnte. Dieses Argument ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Sinnvoll wäre daher, die zusätzliche Abgabe nicht dem individuellen Verhandlungsgeschick des Einzelnen zu überlassen, sondern durch ein Einzugsystem zu institutionalisieren. Es kann zudem davon ausgegangen werden, dass die Auftraggeberabgabe die Durchsetzungsmöglichkeiten der Selbstständigen stärkt, auch dadurch, dass sie die Kosten der Sozialen Sicherung transparenter macht.

7. In der Krankenversicherung muss angestrebt werden, dass die Beiträge auf Grundlage der tatsächlich erzielten Einnahmen – und nicht wie bislang von einem »angenommenen Mindesteinkommen« – berechnet werden. Die Mindestbeiträge für Selbstständige müssen soweit gesenkt werden, dass auch Geringverdiener die Beiträge finanzieren können.

8. In der Arbeitslosenversicherung fordern die Gewerkschaften für Gründer über einen längeren Zeitraum, von drei Jahren (bisher gilt dies nur im ersten Jahr), einen reduzierten Beitrag auf der Basis von 50% der Durchschnittseinkommen (Bezugsgröße). Im Leistungsfalle muss für alle die Leistung entsprechend der Beiträge (100 % der Bezugsgröße) gewährt werden. Das Arbeitslosengeld entspricht dann dem Arbeitslosengeld, das ein Beschäftigter mit durchschnittlichen Einkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze erhalten würde. Heute wird die Leistung bei Arbeitslosigkeit (Auftragsmangel) abhängig vom Qualifikationsniveau der Selbstständige gezahlt. Bei gleichzeitig einheitlichen Beiträgen ist dies nicht nachvollziehbar. Diese Regelung würde zumindest in der Gründungsphase die Beiträge erschwinglicher machen.

9. Längerfristig müssen die sozialen Sicherungssysteme in die Bürgerversicherung (Krankenversicherung) bzw. in die Erwerbstätigenversicherung (Rentenversicherung) überführt werden. Merkmal dieser Erweiterung ist, dass weitere Einkommen in die Finanzierung einbezogen werden und gleichzeitig alle Bürger versichert sind. Die Bürgerversicherung bzw. Erwerbstätigenversicherung würde die Probleme der Selbstständigen deutlich mindern.

Lars Klingbeil

Raus aus den Schützengräben!

Ich mache es kurz, auch weil Tim Renner schon geredet hat und ich vieles von dem unterschreiben kann, sowohl was die Analyse angeht, als auch was die Forderungen angeht. Das mag auch daran liegen, dass ich gerade sein Buch gelesen habe. Ich vertrete ein bisschen den Bereich der Netzpolitik. Das ist ein neues Themenfeld, das die SPD-Bundestagsfraktion jetzt auch mit dem Kreativpakt aufnimmt, wo erste Gespräche anfangen und man an vielen Stellen feststellen muss, da gibt es bisher keine Kontakte – auch in die Politik – und es gibt anders, als das vielleicht im Bereich der Schauspieler und der Musik ist, an vielen Stellen noch gar keine artikulierten Interessen. Das kann daran liegen, dass wir im Internetbereich in der digitalen Wirtschaft noch einen ziemlichen Boom erleben und vielleicht die Problemlagen, wie es in den anderen Bereich ist, noch gar nicht aufgetreten sind, trotzdem können wir natürlich ganz genau hinschauen und lernen.

Was ich wahrnehme, dass wir hier eine völlige Entgrenzung von Arbeit haben, sowohl räumlich als auch zeitlich, und viele Regulierungsmodelle der Vergangenheit nicht mehr funktionieren. Wir hatten eine Veranstaltung zum Thema digitale Arbeit, über Arbeitszeitpolitik muss man in diesem Bereich nicht mehr reden. Das ist auch ein Konflikt, den wir als Partei, auch die Gewerkschaften, klären müssen, wie kommen wir hier eigentlich voran, wie kommen wir im Bereich der Leistungsvereinbarung, also wenn wir über Projektarbeit reden, voran und wie können wir hier auch Druck aus Leistungsvereinbarungen rausnehmen, wie kann man hier zu einer gewerkschaftlichen Regulierung kommen? Wir erleben im Internetbereich viele neue Berufsfelder, Social-Media-Berater ist glaube ich einer der am stärksten wachsenden Berufe, aber auch hier handelt es sich um Solo-Selbstständige, und viele Phänomene, die beschrieben wurden, sind identisch. Wir erleben aber auch eine neue Form von Kreativität, wenn ich beispielsweise über *Mashups* rede, also über neue Formen, auf YouTube kann man das an vielen Stellen sehen, wo Videosequenzen zusammengebaut werden mit Tonsequenzen. Hier kommen wir dann wieder in den Bereich des Urheberrechtes, der in der Tat ja ein problematischer ist. Wir erleben hier natürlich, dass Politik sich ganz langsam vorantastet im Bereich des Urheberrechtes und wir auf große Konflikte zusteuern und wir wohl alle auch noch nicht die Lösung haben, wie wir die Urheberrechtsproblematik lösen können. Es wird auch nur dann funktionieren, wenn alle aus ihren Schützengräben rausgehen. Ich habe selbst Veranstaltungen erlebt, wo jeder an den alten Strukturen festhält und ich sage, die Zeit ist vorbei. Früher wird es nicht mehr geben und wir müssen sehen, wie wir Modelle entwickeln können, wo vor allem der Künstler im Mittelpunkt steht und wo es nicht darum geht, alte Strukturen – auch der Verwertung – aufrecht zu erhalten, und vielleicht alte Gewinnmodelle aufrecht zu erhalten. Da liegt noch eine große Strecke vor uns, auch mit dem Kreativpakt nach Geschäftsmodellen zu suchen, die im Internet funktionieren,



Lars Klingbeil, MdB,
SPD-Sprecher der Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft«

die rechtfertigen dann auch, dass die Künstler ihr Geld bekommen, und die vor allem auch dafür sorgen, dass es vielleicht weniger oder gar keine illegalen Angebote mehr gibt.

Volker Heller

Kulturförderung in öffentlicher Verantwortung

Aus Sicht der Kulturförderung der öffentlichen Hand gibt es drei Aktionsebenen zur Auseinandersetzung mit der prekären Einkommenssituation einer großen Zahl von *Freelancern* im Kulturbereich. Allen ist gemein die Fragestellung, wie sich die Einkommen der Akteure dieser Szene(n) steigern lassen.



Volker Heller,
Senatskanzlei Berlin

Maßnahmen, die dem direkten Einfluss der Kulturpolitik unterliegen

- Die Förderprogramme für Künstler- und Projektförderung finanziell aufstocken, um zumindest der steigenden Zahl an Antragstellern und Anträgen angemessen begegnen zu können. Dort, wo Förderetats aus fiskalischen Gründen (Schuldenbremse etc.) nicht steigen können, wird eine Umverteilungsdiskussion innerhalb der Kulturetats nötig sein, die bislang vermieden wurde. Diese Diskussion wird vermutlich auch Konflikte um Förder-Kanons auslösen, die bislang ebenso vermieden wurden.
- Ausgewählte, institutionell geförderte Institutionen stärker darauf verpflichten, Unterstützungsfunktionen für die Freie Szene wahrzunehmen.

Maßnahmen, die zumindest auch im Einflussbereich der Freelancer selber liegen

Ausgehend von der Vermutung, dass in einigen Genres und Szenen die Freelancer nicht immer in der Lage sind, vorhandene oder zumindest vermutete Marktpotentiale für sich zu erschließen, sind Maßnahmen gefragt, welche das erwerbswirtschaftliche Potential der Akteure selbst stärken.

- Durch entsprechende universitäre und außeruniversitäre Aus- und Weiterbildungsprogramme die Freelancer individuell fit machen für ihr Agieren im marktwirtschaftlichen Raum.
- Strukturbildung fördern, mit denen einzelnen Szenen und Zusammenschlüssen von Freelancern Marktpotentiale nachhaltig besser für sich erschließen und heben können. Dort, wo Förderetats hierfür aus fiskalischen Gründen (Schuldenbremse etc.) nicht neu aufgestellt werden können, wird auch eine Umsteuerung innerhalb der bisherigen kulturellen Projektförderung für diesen Zweck nötig sein. Das kann kulturpolitische Konflikte mit bislang aus solchen Mitteln geförderten Akteuren auslösen.

Maßnahmen, die nicht im unmittelbaren bzw. alleinigen Einflussbereich der Kulturpolitik liegen

- Sicherung und Stärkung der KSK auch durch stärkere Einbeziehung der Verwerter in die Finanzierung.

- Überprüfung und ggf. Neugestaltung der Ausschüttungssysteme der Verwertungsgesellschaften auch unter sozialen Gesichtspunkten (wie sie z.B. bislang die GVL betrieben hat).
- Für die Freelancer, die bereits Empfänger von Transferleistungen des Staates sind (ALG II), könnten künstlerische Zuverdienstmöglichkeiten ordnungspolitisch korrekt ermöglicht werden, wenn der Staat generell die Zuverdienstgrenzen für Transferleistungsempfänger für Arbeit bei gemeinnützigen Trägern erhöhen würde. Da kulturelle Einrichtungen und Initiativen i.d.R. gemeinnützig sind, könnten Künstler, die in Hartz IV sind, zumindest bei solchen Institutionen weiterhin kultureller/künstlerischer Tätigkeit nachgehen.

Angelika Krüger-Leißner

Politischer Handlungsbedarf!

Ich beobachte diese Diskussion als Sozial- und Kulturpolitikerin nun schon seit vielen Jahren und dabei gibt es ganz klare Tendenzen, die auch heute wieder ganz deutlich geworden sind und die ich in sieben Punkten zusammenfassen möchte:

1. Trotz der politischen Initiativen in der Vergangenheit wie der Stärkung der Künstlersozialversicherung oder die Sonderregelung für den Zugang zum ALG I: Die Probleme werden immer drängender, vor allem weil die Zahl der Betroffenen immer größer wird.
2. Der Wandel auf dem Arbeitsmarkt Kultur hin zu atypischen Beschäftigungsformen hat die Entwicklungen im gesamten Arbeitsmarkt vorweggenommen. Ein Beispiel macht das schlagartig klar:

Erst war es ein Sonderproblem vor allem der Schauspieler und Filmschaffenden, dass sie in die Arbeitslosenversicherung einzahlen müssen, ohne eine reelle Chance zu haben, auch Leistungen zu beziehen; inzwischen sind davon 25 Prozent aller Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen betroffen. Diese Entwicklung ging in den letzten Jahren rasant voran.

3. Was folgt daraus? Der Problemlösungsdruck hat noch zugenommen, das sehe ich aber auch positiv: Es geht nicht mehr nur um ein Sonderproblem, sondern der gesamte Arbeitsmarkt ist betroffen und damit nimmt auch die Sensibilität und Bereitschaft zu, zu grundsätzlichen Lösungen zu kommen. Aus demselben Grunde halte ich auch wenig von neuen Sonderlösungen für den Kulturbereich; keine Frage: die »Sonderlösung« Künstler-sozialkasse (KSK) ist das Beste an Absicherung, was wir derzeit den selbständigen Künstlern und Publizisten bieten können. Darauf sind wir als Sozialdemokraten stolz und daran halten wir fest, solange es keine Alternative gibt, aber wir stellen auch fest, dass die KSK nur einem Teil der Kultur- und Medienschaffenden Zugang bietet und immer mehr abgewiesen werden müssen.



Angelika Krüger-Leißner,
MdB, filmpolitische
Sprecherin

4. Alle aktuelle Untersuchungen belegen: Die Kriterien, auf denen unser Sozialversicherungssystem aufbaut, stammen aus einer Zeit, als es noch klare Abgrenzungen zwischen selbständig und abhängig beschäftigt gab. Das hat sich inzwischen in weiten Bereichen aufgelöst und diese Entwicklung wird weiter zunehmen. Die Kriterien greifen nicht mehr mit der Folge, dass die soziale Unsicherheit zunimmt.
5. Wir müssen einen neuen Entwurf wagen. Wir sollten die Ansätze für eine »Erwerbstätigenversicherung« oder »Arbeitsversicherung« weiterentwickeln. Modellhaft orientieren wir uns dabei am Kultur- und Medienbereich.
6. Zunächst aber brauchen wir eine gründliche Bestandsaufnahme, indem wir die vorliegenden Studien aus einzelnen Bereichen gemeinsam auswerten und zusammenführen. Und ich bin froh, dass der Kulturrat sich dieser Aufgabe widmet. Auch die SPD-Fraktion arbeitet daran.
7. Klar ist für mich auch, dass wir zweigleisig fahren müssen: einerseits die längerfristige Perspektive eines konzeptionellen Neudenkens unserer sozialen Sicherung auch für den Bereich der Künstler zu schaffen, andererseits brauchen wir eine kurzfristige Stabilisierung der bestehenden Instrumente, vor allem der Künstler-sozialversicherung und der Anpassung der Sonderregelung für abhängig Beschäftigte, bei Bedarf ALG I zu bekommen. Und da müssen wir schnell handeln und ich hoffe, wir schaffen das noch in dieser Legislaturperiode, dass wir an der Rahmenfrist etwas ändern.

Auszüge aus der weiteren Debatte (Tonbandmitschnitt)

Christina Hecke, Schauspielerin

Ich bin als Vertreterin des BFFS hier, dem Bundesverband der Film- und Fernsehchauspieler in Deutschland. Wir haben in Deutschland 5000 Film- und Fernsehchauspieler und unser Verband hat mittlerweile 1700 Mitglieder, das ist über ein Drittel der Film- und Fernsehchauspieler. Ich möchte mich auf wenige Punkte beschränken.

Was ist das zentrale Problem?

Der Idealzustand wäre natürlich – wir sind in abhängigen Beschäftigungsverhältnissen und auch als Selbstständige tätig – einen Rahmen zu finden, in dem soziale Leistungen für uns genauso wie wir einbezahlen auch abrufbar sind, d.h., dass wir Anspruch bekommen auf Arbeitslosengeld I. Wir haben unsere Mitglieder befragt und über 700 Rückmeldungen bekommen in einer weitläufigen Studie: im Moment – selbst nach der Reform – haben nur 4,3 Prozent zusätzlich Anspruch auf ALG I, zusätzlich zu denen, die ohnehin Anspruch gehabt hätten. Nach dem Bundessozialgericht ist eine schauspielerische Tätigkeit die Übernahme einer Rollenverpflichtung, was damit einhergeht, dass wir abhängige Arbeitnehmer sind. Wir arbeiten wie alle anderen auch. Wir haben mit

den Sozialverbänden eine Übereinkunft gefunden, dass Sozialversicherungstage hinzukommen, wenn wir Drehtage haben, d.h., ein bis zwei Drehtage bekommen drei Sozialversicherungsleistungstage dazu, da sind wir schon bei fünf im Maximalfall und bei drei bis vier Drehtagen kommen vier Leistungstage dazu, d.h., wir sind schon über die sieben Tage, die als unständige Rahmenfrist gelten würden.

Aus meiner Sicht und aus Sicht des BFFS gibt es den unständigen Beschäftigungsstatus und es gibt den angestellten Beschäftigungsstatus und wir müssen da aus den Kategorien raus und hin zu dem Arbeitsmodell, was ganz viele andere trifft. Wir sind als Schauspieler nur exemplarisch für einen Zustand, den andere auch treffen. Dringlich aus unserer Perspektive ist langfristig natürlich eine Sozialversicherung, die alle Arbeitnehmer, die als Arbeitnehmer tätig sind, und auch als Selbstständige, absichert. Kurzfristig gedacht: Wir haben eine Reform, die ist 2009 im Hinblick auf die nächsten drei Jahre als zu evaluierendes Gesetz eingeleitet worden. Man muss diese Zeit nicht abwarten, sondern jetzt handeln. Und die bestehenden Maßnahmen verändern heißt, aus der 30000er Grenze raus, die muss nach oben geschraubt werden, die Sechs-Wochen-Befristung ist völliger Blödsinn, wenn wir am Theater sind, sind wir schon mal sechs Wochen angestellt. Also kurzfristige Veränderungen und Maßnahmen, die Arbeitslosengeld I-Reform langfristig natürlich, die Verstetigung der Sozialversicherungspflicht! Dazu noch ein letztes Statement: Ich glaube, wir haben als Schauspieler einen Modellcharakter, weil wir immer schon in diesen beiden Beschäftigungsverhältnissen umher wandeln, d.h., so wie wir leben, leben auch andere jetzt schon und es werden immer mehr so leben. Also wir sind eigentlich nur ein Feldzugang, so sehen wir uns jedenfalls, und haben da auch schon Erhebungen. Insofern: Soziale Rahmenbedingungen, die funktionieren, für alle schaffen!

Alexandra Manske, Soziologin, Humboldt-Universität Berlin

Ich freue mich sehr über diese Veranstaltung, dass jetzt dieses Thema Kulturarbeit auch aus einer arbeits- und sozialpolitischen Perspektive aufgegriffen wird und dieses neoliberale Mantra der letzten Jahre, wo es ja nur um die Erschließung von volkswirtschaftlichen Potenzialen von Kultur- und Kreativarbeit ging, dass sich das jetzt zumindest in diesen Kreisen doch offensichtlich langsam dem Ende nähert. Dass in dem Bereich der Kultur- und Kreativarbeit die Ausprägung der Prekarität am größten ist im Vergleich zu sämtlichen gesellschaftlichen Gruppen, vor dieser vereinseitigenden Aussage und Perspektive möchte ich ein Stückweit warnen. Auch vor dem Hintergrund meiner eigenen Befunde möchte ich darauf hinweisen, dass fast ein Fünftel aller Erwerbstätigen in Deutschland im Niedriglohnsektor arbeitet. Ich arbeite und forsche selber in diesem Bereich und weiß, wie prekär Künstler und Kreative leben. Aber das ist – wie ich es nenne – eine Prekarisierung auf hohem Niveau. Ich würde niemals sagen »selbst gewählt«, das sind auch strukturelle Zwangslagen, aber wenn man die Umwandlung von Beschäftigungsverhältnissen im Dienstleistungs- und Einzelhandelsbereich usw. betrachtet, dann ist das in der Tat



doch nochmal eine andere Art der Prekarität. Und wenn man das so vereinheitlicht, dann neigt man auch dazu, die Ungleichheitsverhältnisse in der Kreativwirtschaft selber ein Stückweit zu nivellieren. Denn die Einkommensverhältnisse in der Kultur- und Kreativwirtschaft sind von – wie ich es nenne – einer Superstar-Logik gekennzeichnet, d.h., da gibt es eine enorme Spanne zwischen oben und unten. Auch das vergisst man, wenn man davon spricht, dass wir hier eine einheitliche prekäre Lage hätten.

Simone Viola, Künstleragentin

Zusätzlich werden jetzt häufig auch noch die Risiken auf die nicht besonders einkommensreiche Künstlerschaft übertragen. Auch hier in Berlin erlebe ich dies immer, wenn ich einen Chansonier vertrete. Ich würde gerne bei Euch auftreten, was sind denn die Modalitäten? Und häufig bekomme ich gesagt, ja, Sie können uns mieten, das kostet 1.500 Euro und was Sie dann einnehmen, ist ihr's. Gerade junge, nicht so bekannte Künstler haben damit überhaupt keine Chance, außer sie sind irgendwie vermögend und betreiben das als Hobby, aber sonst ist das für Künstler kaum noch machbar, unter solchen Modalitäten ordentlich zu arbeiten. Und das Zweite, was ich erlebe, ist eine wirklich unterirdische Bildung von politischen Entscheidungsträgern vor Ort, gerade auf den unteren Ebenen. Ich bin selber Stadträtin, bin Kreisrätin, habe da ein bisschen Einblick, mir gruselt's immer wieder, wenn es darum geht, dass eine Kommune irgendwas veranstalten will und Geld einstellt und man dann ein Konzert organisiert und die Kommune will 10.000 Euro dazugeben und dass immer wieder Kommunalpolitiker sich melden und sagen »muss das denn so viel Geld sein?«. Die haben keine Ahnung, was Bühnentechnik kostet, die haben keine Ahnung, was Versicherungen kosten, überhaupt nichts. Und wenn man dort kulturell tätig ist, braucht man wirklich ein dickes Fell.

Nicole Glocke, freie Autorin

Ich kann auch sagen Ex-freie-Autorin, weil ich das jetzt aufgeben muss. Ich möchte gerne Stellung nehmen zum »Prekariat auf hohem Niveau«. Ende 2005 habe ich begonnen, mich auf die Tätigkeit einer freien Autorin zu konzentrieren, denn ich habe mir überlegt, ein Mensch muss etwas aus seinen Begabungen, aus seinen Talenten machen, und wenn man sich wirklich anstrengt und es einem wichtig ist, dann wird es vielleicht eine Durststrecke geben, aber es wird irgendwann eine Möglichkeit geben, dass man von dieser Arbeit lebt. So habe ich 2005/2006 gedacht, heute ist 2011. Das war sehr falsch gedacht, vor allem naiv gedacht. Obwohl ich mittlerweile sechs Bücher geschrieben habe, das sechste wird hoffentlich in diesem Jahr veröffentlicht, komme ich immer noch nicht an die großen Verleger heran. Das ist einfach so. Man kann anrufen, ein Manuskript einreichen, dann bekommt man entweder Bescheid, oder man bekommt auch gar nicht Bescheid. Also ist eine Literaturagentur sinnvoll, weil die die meisten Kontakte hat. In diesem Fall hat der Mitteldeutsche Verlag das Manuskript angenommen, aber auch erst ein Gutachten angefertigt, ob das Buch



überhaupt marktfähig ist, denn die Verlage gehen hauptsächlich nach Marktfähigkeit, nicht nach dem Kriterium, ob das eine interessante Geschichte ist. Früher war das vielleicht noch so, früher haben auch Verleger unbekannte Autoren genommen und gesagt, die ziehen wir einfach mit. Heute zählt definitiv nur noch die Marktfähigkeit.

Daniel Tharau, Kunstpalast Berlin

Ich glaube, dass es in der Kunst darum geht, dass Künstler immer wieder besondere Wahrnehmungen in die Gesellschaft hineinbringen. Mutig an Grenzen gehen, mutig ins Unbekannte schreiten und dann für die Gesellschaft etwas bringen. Das sind nicht einfach irgendwelche Faktoren, die man einfach so einbauen kann. Das sind keine normalen Arbeitnehmer, das funktioniert so nicht. Und ehrlich gesagt, als ich Ihre Einladung gelesen habe, da steht, dass die SPD nach einem großen Entwurf sucht, dass ein großer Schritt getan werden soll, ähnlich wie bei der Künstlersozialversicherung damals. Wenn ich Ihnen zugehört habe, habe ich das Gefühl, das kann ja noch 1000 Jahre dauern. Ich glaube es geht darum: Künstler müssen unterstützt werden, Künstler müssen eine Basis haben, Künstler müssen abgesichert sein, Künstler müssen keine Angst haben, dass sie im nächsten Monat wieder auf der Straße sitzen, oder dass sie am absoluten Minimum sind, oder dass sie in irgendeine Sechs-Stunden-Geschichte gescheucht werden, sondern Künstler brauchen eine gewisse Freiheit, Künstler müssen denken können. Ich glaube, dass die Politik den Künstlern die Möglichkeit bieten sollte. Da ist man ziemlich nah am Bürgergeld, oder an diesem 1000-Euro-Grundeinkommen, an dieser Idee. Ich bin kein Fanatiker von dieser Geschichte, aber ich glaube, dass man bei Künstlern einen Anfang machen könnte und dass man in diesem Bereich versuchen könnte, dass Künstler tatsächlich eine Art Grundeinkommen bekommen, dafür aber auch Rechenschaft abgeben sollten.

Burkhard Jellonek, Vorstandsmitglied Kulturforum der Sozialdemokratie

Meine Empfehlung kann eigentlich nur sein, dass wir mehr miteinander diskutieren sollten bei solchen Dingen. Ich habe in der Diskussion, wo sie keine war, Schieflagen erlebt, z.B. gesagt worden ist, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk, die Fernsehanstalten quasi Schuld sind an der Malaise des Kinos. Das kann man nicht sagen. Nennen Sie mir bitte einen Film außer Til Schweiger's Zweiohrküken oder Keinohrhasen, der ohne Unterstützung von Fernsehanstalten fertiggestellt und produziert werden konnte. Das gibt es in Deutschland so gut wie nicht mehr. Und gleichzeitig wird dann hier gesagt, wir erleben es ja im Moment in den Tagen von Copy & Paste, dass nicht nur Doktorarbeiten wahnsinnig entwertet werden, weil Leute sich im Internet schnell bedienen. Tim Renner hat vorhin die Musikindustrie genannt, die ist doch z.T. zusammengebrochen, weil auf einmal die Wertschätzung des produzierten Eigentums von Künstlern im Netz nichts mehr wert ist. Wenn wir in die Kinoindustrie schauen, da passiert im Moment genau das gleiche, dass die Industrie zusammenbricht, weil Videopiraterie u.ä. immer mehr um sich greift. Leider

»Mehr Diskurs.«
Dr. Burkhard Jellonek,
Vorsitzender des Saar-
ländischen Kulturforums



tut die Kinoindustrie auch noch ihr eigenes dazu, das muss man auch noch dazu sagen. Und wenn die Dame gerade mit Recht gesagt hat, was mit ihrem Buch passiert oder nicht passiert ist, wir erleben im Moment auch, dass der Buchmarkt schwer unter Druck gerät, weil immer weniger Titel produziert werden, weil auch immer weniger Titel nachgefragt werden. Das hat seine Gründe und das müssen wir auch diskutieren.

Michael Sturm, freischaffender Regisseur

Ich habe einen Wunsch und eine Bitte an die Politiker, dass die sich auch verstärkt mal hinter die Kulissen bewegen, um zu sehen, wie ein Theater funktioniert. Dass sie auch mal wissen, wie Künstler ticken, wie Kunst gemacht wird, wie ein Theater strukturiert arbeitet, wie eine Vision auf die Bühne gebracht wird. Und vor allem, was jetzt konkret die Praxis angeht, für mein Dafürhalten ist erkennbar, dass der soziale Frieden an den staatlich subventionierten Theatern, davon gibt es in Deutschland glücklicherweise noch einige, in Gefahr ist. Ich arbeite im Bereich Musiktheater, wo wir mit Chören, mit Orchestern arbeiten, die alle sehr viel Geld verdienen, die alle in Festanstellung sind. Die Etats der Theater werden erhöht, Tarifierungen müssen gezahlt werden an die Festangestellten, aber an die freischaffenden Künstler nicht. Die glückselige Zeit war in den 80er Jahren. Unsere Gagen werden immer niedriger. Wenn sie jetzt beispielsweise vergleichen: Ein Chorist in Festanstellung verdient mehr als ein Solist im Anfängervertrag. Ein Chorist hat eine begrenzte Arbeitszeit, ein Solist im Anfängervertrag und auch später ist quasi die ganze Zeit frei verfügbar. Wir brauchen Antworten auf dieses große Problem des sozialen Friedens in den Theatern.



Kultur ist Lebensmittel

Claudia Hollweg-Hacker, freischaffende bildende Künstlerin

Ich möchte zur Situation der bildenden Künstler etwas sagen. Nur ca. drei Prozent der akademisch ausgebildeten bildenden Künstler können von ihrem Beruf leben. Alle anderen nicht. Die drei Prozent sind dann wohl auch die Bekannten, also diese Spanne von einer Menge unbekannter Künstler und einer Spitze von wenigen Künstlerinnen und Künstlern, die ganz viel verdienen. Es ist so, dass die Künstlereigenschaft, das wurde mir vom Finanzamt erklärt, einem übereignet ist in dem Moment, wo man die Aufnahmeprüfung an einer staatlichen Kunstakademie besteht. Da wird einem die Künstlereigenschaft zuerkannt. Wenn man fertig ist mit dem Studium – ich z.B. habe sechs Jahre studiert und abgeschlossen in Nürnberg – steht man da und weiß überhaupt nicht, wie es weitergeht. Das war 1981 so und das ist heute nicht anders. Es fehlen Professionalisierungsangebote an den Akademien vor Ort und zwar – so schlage ich vor – in den letzten beiden Semestern, weil vorher einfach der Kopf nicht frei ist für solche Sachen. Das ist unbedingt nötig, sowohl von betriebswirtschaftlichen Kenntnissen als auch in Bezug auf die Vermarktung, dass das gemacht wird.

Wolfgang Thierse

Vorläufiges Fazit? Nein: Auftakt der Debatte!

Wir haben ein Bild bekommen über die wirklich komplexe Situation, die Widersprüche, die Problemfülle, mit denen man es zu tun hat, wenn man sich mit Kultur- und Kreativwirtschaft und dabei zugleich mit der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Künstler, der Kreativen befasst. Es wäre ja schön, wenn es eine einfache Lösung geben würde. Es ist nicht Böswilligkeit von Politikern, Wissenschaftlern oder von all denjenigen, die sich damit befassen, dass sie auf diese einfache Lösung nicht kommen. Sondern wir haben hier eine Fülle von Aspekten gehört und wir haben vor allem, nicht zuletzt von den Wissenschaftlern gehört, es macht keinen Sinn, Scheinlösungen zu suchen oder nur einen Aspekt aufzugreifen. Das hilft nicht wirklich. Und deswegen ist ja auch die Idee des Kreativpaktes, die unterschiedlichsten Gesichtspunkte und Handlungsfelder nun mal zusammen zu denken und daraus dann abzuleiten eine Abfolge von Maßnahmen, die ganz unterschiedlicher Art sein müssen. Aber nach der Phase der großen Euphorie über die Entwicklung der Kreativwirtschaft, an die auch zu erinnern ist, da ist ja auch viel Positives entstanden, das soll man ja nicht beiseite schieben, muss man beginnen damit, die Anerkennung der Arbeitsrisiken der selbstständigen Künstler, das wirkliche soziale Problem in seinem Umfang zu begreifen. Daraus folgt dann auch etwas, das für Sozialdemokraten naheliegt. Wenn wir über Mindestlöhne reden, müssen wir auch künftig über Mindeststandards bei der Bezahlung und Honorierung von Selbstständigen, von Kreativen, von Künstlern reden. Das ist ein Teil des Problems. Wir haben Fortschritte in anderen sozialen Bereichen erreicht, aber das müssen wir stärker in den Mittelpunkt rücken. Dann geht es sofort um den nächsten Aspekt, um das Urhebervergütungssystem. Da sind eine Menge Gesichtspunkte genannt worden bis hin zu dem wichtigen Stichwort der Arbeitszeitpolitik. Und was sind denn eigentlich Leistungen? Wie bewerte ich denn Leistungsmaßstäbe? Dann geht es zum wichtigen Gesichtspunkt: Was lernen Künstler an den Hochschulen? Es ist keine ganz neue Forderung, dass sie betriebswirtschaftliche Praxis lernen sollen. Aber es geht auch um ihre Vorsorgebereitschaft, um ihre Aufnahme in sozialstaatliche Regelungen, die Künstler nutzen können und sollen – vernünftigerweise – um ihrer eigenen Sicherheit willen. Dabei geht es dann natürlich weiter um die sozialen Sicherungssysteme (Stichwort KSK), sie erstens zu stärken und sie zweitens so umzubauen, dass diese ganzen Mischformen von Arbeitsverhältnissen erfasst werden. Und die Revision der Anwartschaften, nach welchem Modell? Der erste Versuch, den wir gemacht haben, ist nur ein relativer Fortschritt. Und zuletzt müssen wir noch einmal über das Förderinstrumentarium und über die Förderbürokratie reden. Was trifft eigentlich wirklich? Was hat wirkliche Effekte und was leitet Entwicklungen fehl? All das muss in den Debatten und die Formulierung eines Kreativpaktes einfließen. Und dieser Kreativpakt muss



ein Teil des großen sozialdemokratischen Projekts sein, das wir gelegentlich Arbeitsversicherung nennen, muss dieser Gesichtspunkt ein wesentlicher sein. Scheinlösungen sind nicht sinnvoll, es geht um ganzheitliche Lösungen, oder wie Frau Bührmann gesagt hat, es geht um die große Lösung, die Inklusion aller in die Sozialversicherungssysteme, denn prekäre Beschäftigung gibt es nicht nur im kulturellen, im kreativen Bereich. Das wissen Sozialdemokraten. Aber die Entwicklung in diesen Bereichen in den vergangenen 10, 20 Jahren haben Probleme in einer Schärfe und Umfänglichkeit sichtbar gemacht, die in anderen Bereichen nicht in der gleichen Schärfe sichtbar sind. Und genau deshalb sind sie auch unter allgemeinen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten für Sozialdemokraten so wichtig.

Kunst und Kultur reloaded

Die zweite Veranstaltung der Reihe »Kulturpolitik in der Krise. Neue Wege?« vom Kulturforum der Sozialdemokratie gemeinsam mit dem Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V. veranstaltet, beschäftigte sich mit Freiheit und Demokratie in der digitalen Gesellschaft. In der Einladung hieß es:

»Oh, so they have internet on computers now« – Homer Simpson bringt es mal wieder schlicht, aber ergreifend auf den Punkt. 96 % der Jugendlichen sind nach der neuesten Shell-Studie im Netz.

Über die weitreichenden kulturellen Veränderungen durch die Digitalisierung von Medien und Kommunikation wird dagegen kontrovers diskutiert. Dabei stehen sich in den Extremen kulturpessimistische Untergangsszenarien und technikbegeisterte Utopien einer besseren Welt gegenüber.

Auf dieser Veranstaltung sollen die Auswirkungen digitaler Vernetzung auf die kulturelle Praxis und die Möglichkeiten eines grundsätzlichen Wandels kultureller und künstlerischer Produktion eingehend betrachtet werden.

Dabei fragen wir, unter welchen Bedingungen Kunst und Kultur zu Aufklärung und gesellschaftlichem Diskurs auch im digitalisierten Raum beitragen können. Ergeben sich neue Chancen für gleiche Freiheit und demokratische Teilhabe oder sind Freiheit und Demokratie in Gefahr?»

Nach zwei Workshops, der Begrüßung von Barbara Hendricks und einer Einführung von Wolfgang Thierse hielt Prof. Geert Lovink (Gründungsdirektor Institute of Network Cultures, Amsterdam) einen Vortrag und diskutierte anschließend mit Björn Böhning, Mitglied des SPD-Parteivorstands und Leiter des SPD-Gesprächskreises »Netzpolitik und digitale Gesellschaft« mit Kathrin Passig, Schriftstellerin und Journalistin und Prof. Susanne Binas-Preisendörfer (Musikwissenschaftlerin), moderiert von Heiko Maas.



Kunst in Weimar –
noch nicht reloaded

Wolfgang Thierse

Fragen an ein neues Zeitalter

Mittlerweile sind so gut wie alle aus der jüngeren Generation im Netz. Soziale Netzwerke sind zu einem nicht mehr wegzudenkenden Faktor im Leben der meisten geworden. Fast alle Arbeitswelten funktionieren mittlerweile auf Computer- und Internetbasis. Die Bedeutung des PC für Konsum und Unterhaltung wächst ständig. Verhaltens- und Denkweisen ändern sich durch die Nutzung neuer Kommunikationsmittel – so lange ist es ja noch nicht her, dass wir nicht das Handy am Ohr, das Internet in der Jackentasche oder das Navigationssystem im Auto hatten. Letzteres erleichtert vieles, wie mühsam war es doch, nach einer Straßenkarte Auto zu fahren, ohne Beifahrer ging das kaum. Doch, um bei diesem harmlosen Beispiel zu bleiben, auch kulturelle Fragen stellen sich: Sind diejenigen wirklich von gestern, die meinen, es würde uns auch etwas verloren gehen? Dass immer weni-